UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 17. September 1998
31/1998

Haushoher Wahlsieg der CSU in Bayern

Rückenwind für die Wahl am 27. September

„Einen großen Erfolg unserer bayerischen Freunde" hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, das Wahlergebnis der bayerischen Landtagswahlen vom 13. September genannt und nach der Präsidiumssitzung auf einer Pressekonferenz am Montag im Konrad-Adenauer-Haus weiter dazu erklärt:

„Das Wahlergebnis von 52,9 Prozent zeigt, daß die Arbeit der CSU und die Arbeit der bayerischen Staatsregierung mit Ministerpräsident Stoiber von der Bevölkerung akzeptiert und honoriert worden ist.

Ein großartiges Ergebnis! Und wer weiß, was es heißt, in einem Bundesland 50 Prozent der Stimmen zu erreichen, der weiß auch: Das ist nur aufgrund großartiger Leistungen möglich.

Die Sozialdemokraten haben allen Anstrengungen zum Trotz bei dieser Wahl mit einem noch schlechteren Ergebnis als vor vier Jahren abgeschlossen.

Die bayerische Wählerschaft hat eine klare Meinung zum Ausdruck gebracht, und die CSU liegt in allen Wählergruppen, in allen Altersgruppen, bei Wählerinnen und Wählern, auf dem Lande wie auch in den Großstädten München und Nürnberg ganz weit vorn.

Ich selbst bin sehr froh darüber, daß wir diesen Schub, diese Steilvorlage, wie man das ja auch nennt, aus Bayern bekommen haben.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

Die Landtagswahlen in Bayern
Generalsekretär Peter Hintze: Die Zeit ist reif für eine Bestätigung der Regierung. Seite 3
Das vorläufige amtliche Endergebnis. Seite 10

Wahlkampf
Wählerinitiative „Arbeitnehmer für Helmut Kohl". Seite 14

Kurz & bündig
ARGUMENTE: Zur Wahlentscheidung am 27. September. Seite 19/20

Rot-Grün
Kurt-Dieter Grill: Gefahr für Wirtschaft, Umwelt und Arbeitsplätze. Seite 22

Wichtig!

Falls Sie keine Wahlbenachrichtigung erhalten oder sie verlegt bzw. verloren haben, berechtigt Sie auch Ihr Personalausweis zur Wahl am 27. September. Voraussetzung: Sie müssen im Wählerverzeichnis eingetragen sein.

Nr. 4 DEUTSCHLAND AM WOCHENENDE 10. Sept. 1998

Trendumkehr. In diesen Tagen wird die Zahl der Arbeitslosen wieder unter die 4-Millionen-Marke sinken. Nun kann tatsächlich von einer Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden. Das gilt auch nach dem soliden Maßstab der Bundesanstalt für Arbeit, wonach die Zahlen drei Monate in Folge unter den Vorjahresstand sinken müssen, um die Trendwende zu markieren. Als deren Präsident Jagoda einst diese Meßlatte vorgab, akzeptierte sie auch die SPD. Damals schien das Ziel nahezu unerreichbar, inzwischen ist es verwirklicht. **Rheinische Post**

Bundeskanzler Helmut Kohl: Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt

Zuerst die Daten: Im August ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber Juli um rund 39.000 auf 4,095 Millionen gesunken. Das sind rund 730.000 weniger als im Januar und fast 280.000 weniger als im Vormonat. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit März um ca. 90.000 gestiegen.

Helmut Kohl: Ich gehe davon aus, daß die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Monat unter 4 Millionen liegen wird und wir - aufs ganze Jahr gerechnet - weniger Arbeitslose als 1997 haben werden.

Wolfgang Schäuble: Die neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit beweisen die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt in Ost und West. Die Entwicklung zum Positiven wird bis zum Jahresende auch die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz verringern.

Peter Hintze: Eine echte und stabile Trendwende zum Positiven. Die „Miesmacherei" von SPD und Grünen ist durch die wirkliche Lage eindrucksvoll widerlegt. Sinkende Kurzarbeit, mehr offene Stellen, der Anstieg der Vermittlungen – schlagender Beweis dafür, daß die Reformen der Regierung greifen.

Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg: Ab heute sprechen auch wir von einer Trendwende. Es ist ziemlich sicher, daß im September und im Oktober die Marke von 4 Millionen Arbeitslosen unterschritten wird.

Rüdiger Pohl, Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle: Hinter der Trendwende steht eine stabile konjunkturelle Entwicklung. Der Vorwurf der Opposition, der Arbeitsmarkt sei durch die Erhöhung von ABM-Stellen manipuliert, geht ins Leere. Es handelt sich hier um ganz andere Größenordnungen.

Matthias Wissmann: Durchbruch am Arbeitsmarkt! Wer dies nicht wahrhaben will, muß rot-grüne Tomaten auf den Augen haben.

Zu guter Letzt: Eine größere Freude hätte die Ludwigshafener SPD Helmut Kohl kaum machen können: 24 Stunden vor dem Wahlkampfauftritt des Kanzlers in seinem Heimatwahlkreis kündigte die SPD ihre Koalition mit den Grünen.

Auch Ungelernte

sucht jetzt der deutsche Mittelstand. So das Ergebnis einer Unternehmensbefragung der Industrie- und Handelskammer Koblenz. 53 % der Unternehmen brauchen Fachkräfte. Ungelernte Kräfte benötigen den Angaben zufolge 30 % der Firmen.

Bundesaufträge

im Wert von 9,6 Milliarden DM sind im vergangenen Jahr an Unternehmen in den neuen Bundesländern vergeben worden. 1997 betrug der Anteil aller öffentlichen Aufträge des Bundes an Ost-Firmen mehr als 19 Prozent.

Seit den 50er

Jahren gab es keinen höheren Halbjahreswert bei den ausländischen Direktinvestitionen als im ersten Halbjahr dieses Jahres: 14,3 Milliarden DM. Auch für das ganze Jahr 1998 ist ein neuer Rekordwert zu erwarten.

Rot-Grün würde

nach Ansicht der US-Handelskammer den Investitionsstandort Deutschland gefährden. Grund dafür, so deren Vorsitzender: vor allem die Ankündigung der SPD, die Steuer- und Sozialgesetze der jetzigen Regierung zurückzunehmen.

Mehr Inhalte

wünscht sich die Juso-Bundesvorsitzende Andrea Nahles in Schröders Bundestagswahlkampf. Sie stellt fest, daß politische Konzepte der SPD bislang nicht deutlich geworden seien: selbst für gesunde Zähne nichts zum Beißen.

Informationen zur Wahl '98
CDU-Infoline: 0180-5-2000

„Was kann ich für Sie tun?"

0180-5-2000 – unter dieser Nummer ist seit Anfang September die CDU rund um die Uhr direkt zu erreichen: 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche.

Offen für Anregungen und konstruktive Kritik, kompetente Antworten auf alle Fragen - das bürgernahe Forum hält für Sie aktuelle Informationen bereit.

Auf Wunsch werden auch schwierige Probleme ausführlich erklärt.

Für Anrufer gelten die normalen Telefontarife der Telekom für 0180-5-Servicenummern: 48 Pfennig pro Minute, also billiger als die meisten Ferngespräche.

Viele loben die Infoline der CDU und wollen sie in ihrem Bekanntenkreis weiterempfehlen. Die CDU beweist mit dem Rund-um-die-Uhr-Service Bürgernähe und Dialogbereitschaft. Weitersagen!

Die Zeit ist reif für eine Bestätigung der Regierung

Wer gewinnt, gewinnt. Wer verliert, verliert

Generalsekretär Peter Hintze zur bundespolitischen Bedeutung des bayerischen Wahlergebnisses:

Das bayerische Wahlergebnis zeigt, daß die von CDU und CSU verfolgte Politik für Wachstum und Beschäftigung einen starken Rückhalt in der Bevölkerung hat. Diese Zustimmung findet sich in allen Wählergruppen und Altersjahrgängen. Besonders beachtlich ist die Tatsache, daß die SPD bei jungen Wählern komplett eingebrochen ist, während die CSU von einer breiten Unterstützung der Jugend getragen wird. Erfreulich ist auch der signifikante Stimmenzuwachs der Union in den Großstädten, ganz besonders in der rot-grün regierten Metropole München. Rot-Grün wird deutschlandweit von der Mehrheit der Menschen abgelehnt.

Die bayerischen Wahlen fanden in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes statt. Bundeskanzler Helmut Kohl und der SPD-Kandidat Gerhard Schröder haben beide in Bayern intensiv Wahlkampf gemacht. 57 Prozent der Wähler betonen die besondere bundespolitische Bedeutung dieser Wahl. Die SPD zog mit der Parole durchs Land: „Wer gewinnt, gewinnt. Wer verliert, verliert." Dieser Satz holt den SPD-Kandidaten jetzt ein. Es ist Schröders Niederlage.

Schröder hat heute die Presse wissen lassen, was er alles will. Er hat tunlich verschwiegen, was er wirklich kann. Niedersachsen ist ein trauriges Exempel für die schwere Hypothek, die ein von Schröder regiertes Land tragen muß. In Bayern ist er bereits im Ministerpräsidenten-Vergleich kläglich gescheitert.

Die Bundestagswahl wird im Glaubwürdigkeits- und Leistungsvergleich entschieden. Wo Rot-Grün regiert, geht es abwärts. Wo die Union regiert, geht es aufwärts.

Fortsetzung von Seite 1

Bemerkenswert ist, daß die Republikaner unter ihren bisherigen Ergebnissen geblieben sind und die freien Wählergruppen, deren Wähler überwiegend aus dem bürgerlichen Lager kommen und potentielle CSU-Wähler sind, ebenfalls nicht den Einzug in den Landtag geschafft haben."

Eine Landtagswahl mit bundespoltischem Aspekt

Im Blick auf die kommende Bundestagswahl in vierzehn Tagen führte der Bundeskanzler aus: „Die CSU hat drei Mandate dazugewonnen, die SPD drei Mandate verloren. Daß bei einem solchen Erfolg auch die Bundespolitik eine Rolle gespielt hat, läßt sich trotz allen Geredes nicht leugnen.

Ich habe selbst die Plakate gesehen, die die SPD aufgestellt hat: ‚Wer CSU wählt, wählt Kohl – Auftakt zum Wechsel.'

SPD-Plakat in Bayern

Die Karten wurden heute neu gemischt

Frage: Die Landespolitik spielte ja die Hauptrolle im Wahlkampf. Ist dieser Wahlkampf gegen Bonn geführt worden?

Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag: *Überhaupt nicht, sondern er ist geführt worden sehr eng in der Verzahnung zum Bundestagswahlkampf, aber natürlich schon mit dem Schwerpunkt Landespolitik, mit dem Schwerpunkt Bayern und mit einem Ministerpräsidenten, der unsere Politik personifiziert, der Zustimmung hat auch über die Wählerschaft der CSU hinaus. Aber es ist auch so, daß wir in den letzten Wochen noch zusätzlich Rückenwind bekommen haben durch einen Stimmungsumschwung, was die Bundespolitik betrifft.*

Es ist für mich auch ganz eindeutig bei dem Trend, der sich abzeichnet: Hier hat die Entzauberung von Herrn Schröder stattgefunden, denn für eine SPD, die stagniert bei dem starken Engagement des SPD-Kandidaten in diesem Wahlkampf, werden im Bundestagswahlkampf heute die Karten neu gemischt.

Über das Ergebnis bin ich nicht verwundert. Ich habe in Bayern auf acht großen Kundgebungen gesprochen. Wäre das Ergebnis gestern anders ausgefallen, dann würde es heute in manchen Zeitungen mit meinem Einsatz in Bayern begründet. Natürlich wird in diesen Zeitungen jetzt aber die Tatsache verschwiegen, daß über 80.000 Zuhörer zu meinen Veranstaltungen gekommen sind.

Mit einem Wort: Die gestrige Wahl war eine Landtagswahl mit einem ganz klaren bundespolitischen Aspekt. Die Wähler haben natürlich Vergleiche angestellt: zwischen Bayern und Baden-Württemberg auf der einen Seite und einer bankrotten Landespolitik vor allem in Niedersachsen auf der anderen Seite.

Zunächst das Ergebnis abwarten

Wer in Niedersachsen regiert und sich gleichzeitig als Mann für die deutsche Politik auf Bundesebene anpreist, muß sich den Fragen stellen und die Ergebnisse seiner miserablen Politik vorhalten lassen. Genau das ist gestern geschehen.

Den Umfragegläubigen muß in Erinnerung gerufen werden: Bevor man ein Zelt für die Siegesfeier bestellt und die Posten verteilt, sollte man mit Demutsgebärde zunächst das Ergebnis abwarten – abwarten, bis am Wahlabend die Wählerinnen und Wähler entschieden haben.

Klare Absage an Rot-Grün

Das bayerische Wahlergebnis spricht eine eindeutige Sprache. Es ist die klare Absage an Rot-Grün. Wir werden deshalb die vor uns liegenden Tage mit der entsprechend klaren Aussage nutzen: Deutschland will keine rot-grüne Regierung.

Wir sind voller Kampfesmut und bereit, um jede Stimme zu kämpfen. Es zeigt sich auch bei dieser Wahl wieder: Die Wahlentscheidungen bei großen nationalen Wahlen werden immer später getroffen und rücken immer näher an den Wahltermin heran. Sie finden in diesen Tagen statt, aber die Bundestagswahl ist trotzdem noch nicht entschieden.

Umfragen hin – Umfragen her: Die Koalition hat alle Chancen, diese Wahl zu gewinnen. Ich bin fest entschlossen, das meine zum Wahlsieg beizutragen." ■

Die wiedererwachte Angst der SPD, auch diesmal auf der Zielgeraden zu versagen

CDU und CSU profitieren sicherlich zu einem Teil vom Ergebnis der bayerischen Landtagswahl. Mehr noch profitieren sie aber von der nun unübersehbaren Stimmungsflaute in der SPD. Wenn man eine konkrete Auswirkung der Bayernwahl auf die Bundestagswahl festmachen will, dann in Form des hochverletzlichen Seelchens der guten, alten Tante SPD. Bei den Genossen keimt der traditionsreiche sozialdemokratische Minderwertigkeitskomplex auf, jene Angst, in der Zielgeraden zu versagen. Da liegt Kohls Chance, und die hat er begriffen.

Die Wel

Der Schröder-Effekt

Dem SPD-Kanzlerkandidaten Sehröder ist der Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Bayerns einzumischen, nicht gut bekommen. Er holte sich bei der Landtagswahl eine blutige Nase. Vom „Schröder-Effekt" keine Spur. Noch nicht einmal als leises Lüftchen wehte der Wind des

Kommentare

Wechsels. Die Bayern sind mit ihrem Staats-Manager Stoiber höchst zufrieden, und zwar wegen Eigenschaften, die der Kandidat Schröder im Bund gerne mit seiner Person verknüpft sähe: Modernität, Effizienz, Pragmatismus, Integrationskraft. Warum sollten die Bayern Schröder nur dafür belohnen, daß er an ihrem Stoiber Maß nimmt und für den Bund einen Wechsel beschwört, der in Bayern gar nicht einzutreten braucht?

Es ist also leicht zu erklären, warum in Bayern der Schröder-Effekt nicht sichtbar wurde. Allerdings hatte er sich schon im Frühjahr in Sachsen-Anhalt, wo die Landtagswahl ebenfalls zum bundespolitischen Signal werden sollte, wie auch bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein so versteckt, daß auch hochempfindliche Interpretationssonden ihn nicht aufspüren konnten. Wie Schröder die Partie eröffnete, das wirkte so lange nach, daß bis heute die Existenz eines Schröder-Effekts nicht bezweifelt wird, obwohl der seither nicht mehr gesehen wurde, jedenfalls nicht bei Wahlen.

Frankfurter Allgemeine

Das endgültige Aus droht nun auch dem letzten Hoffnungsträger der SPD

Was immer die Demoskopen, deren Seismographen offenkundig wenig verläßlich sind, uns weismachen wollten und wollen – die Bundestagswahl ist offen, das Duell zwischen Kanzler und Kandidat spannend wie ein Foto-Finish.

Und es ist eine Entscheidung mit durchaus historischer Dramatik. Bisher schien vielen lediglich das Ende der bürgerlichen Ära Kohl vorgezeichnet. Doch nunmehr droht einem Generationenprojekt das endgültige Aus, dem langen Marsch der 68er, der mittlerweile ergrauten Jungsozialisten der Studenten-Revolte, an die Spitze der Macht in Deutschland.

Von Wolfgang Roth bis Karsten Voigt, von Oskar Lafontaine bis Rudolf Scharping - viele haben sich in der Partei auf- oder an Helmut Kohl wundgerieben; sie haben immer mehr ideologischen Ballast abgeworfen, immer mehr politische Grundüberzeugungen geopfert, ohne indes den ersehnten Sprung nach ganz oben zu schaffen.

Gerhard Schröder, sie wissen es, ist ihre letzte Chance, ausgerechnet er, den sie verachten, weil er einst ihren Sozialismus aus den Klappentexten von marxistischen Sekundärliteraten lernte und sich heute kokett Genosse der Bosse nennen läßt.

Frankfurter Neue Presse

Ausländische Pressestimmen

Die Wahl entscheidet sich im Schlußspurt

Die neue absolute Mehrheit der CSU in Bayern beweist, daß die deutschen Konservativen noch in der Lage sind, Wahlen zu gewinnen. Sie sorgt wieder für Spannung bei der Bundestagswahl. Die sozialdemokratische Partei, von der man hätte glauben können, sie sei durch den „Schröder-Effekt" gedopt, hat nicht mehr als 30 Prozent der Stimmen erhalten. Das Ergebnis ist sehr enttäuschend für Gerhard Schröder. Die wichtigste Schlußfolgerung der bayerischen Wahl ist, daß das Rennen um das Kanzleramt noch offen ist: Die Frage, wer Deutschland in das 21. Jahrhundert führen wird, droht sich im Schlußspurt zu entscheiden.

(Libération, Paris)

Kohls Wahlkampf erhält neuen Auftrieb

Die Wahlen in Bayern haben das politische Szenarium in diesem Bundesland nicht wesentlich verändert. Sie verleihen aber zwei Wochen vor den Bundestagswahlen dem Wahlkampf von Bundeskanzler Helmut Kohl neuen Auftrieb. Die Bayern-Wahl war die letzte Gelegenheit für die großen Parteien vor dem 27. September, ihre Kräfte zu messen.

(La Vanguardia, Barcelona)

Europaweit einzigartig

In Bayern bleibt alles beim alten, der Freistaat ist weiterhin fest in christlich-sozialer Hand. Mit einem europaweit einzigartigen Wahlergebnis hat die CSU unter der Führung von Ministerpräsident Edmund Stoiber bewiesen, daß die Bayern im eigenen Bundesland keine Experimente wollen und im Grund zufrieden mit ihrer Regierung sind.

(Der Standard, Wien)

Dicht auf den Fersen

Der sogenannte Schröder-Effekt ist nicht unaufhaltbar. Wer Bundeskanzler Helmut Kohl schon für politisch tot erklärt hatte, sollte bei der Wahl seiner Worte besser abwägen. Der Ausgang der Bundestagswahlen ist nun wieder völlig offen. Kohl war vor dem Sommer mit einem Rückstand von 15 Punkten ins Rennen gegangen. Nun ist er dem SPD-Kandidaten dicht auf den Fersen. Gerhard Schröder hat allen Grund, beunruhigt zu sein. Kohl, der schon vier Bewerber der SPD geschlagen hat, könnte ein weiteres Mal gewinnen.

(El Mundo, Madrid)

Warnsignal an die SPD

Tatsächlich heizt das bayrische Resultat bei CDU und SPD das anhaltende Ringen um eine Stimmung an, aus der am Schluß Stimmen werden sollen. Und da haben die Bayern allerdings ein Warnsignal an die SPD gesendet: Deren Hoffnung, die verbreitete Anti-Kohl-Stimmung werde sich automatisch auszahlen, ist schwer enttäuscht worden.

(Tages-Anzeiger, Zürich)

Kohl bestens bedient

Die CSU bleibt mühelos über der 50-Prozent-Marke und gibt damit den politischen Ambitionen Helmut Kohls ein wenig Atem und Hoffnung. Auch wenn vor allem auf regionale Themen gesetzt worden war, so hat die Wahl in München die SPD doch unter die Marke von vor vier Jahren gedrückt. Das ist ein Zeichen dafür, daß Gerhard Schröder, der persönlich stark in den Wahlkampf eingegriffen hatte, den bayerischen Sozialdemokraten nicht zu helfen vermochte. Wenn Kanzler Kohl sich von den Wahlen im reichsten Land der Bundesrepublik einen Schub des Optimismus und ein positives psycholo-

Wahlforscher: Bayern-Ergebnis ist Stärkung des bürgerlichen Lagers

Die Wahlforscher des Bonner Infas-Instituts bewerten das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl als eine Stärkung des bürgerlichen Lagers.

Diese Stärkung sei weit deutlicher, als es der Zuwachs der CSU allein zeige, hieß es in einer in Bonn vorgelegten Analyse. Infas verwies in diesem Zusammenhang auf die Zusammensetzung der Wählerschaft der ausschließlich landes- und kommunalpolitisch orientierten Freien Wähler, die neben früheren Nichtwählern vor allem auch aus ehemaligen CSU-Anhängern besteht.

Den Ausbau der absoluten CSU-Mehrheit bei gleichzeitig gestiegener Wahlbeteiligung führt Infas auf eine äußerst feste Wählerbindung und die Mobilisierung von 140.000 Stimmen aus dem Lager der bisherigen Nichtwähler durch die Partei zurück. Zudem habe die CSU von der offenbar sinkenden Zugkraft der FDP in Bayern profitiert. Rund 60.000 Ex-FDP-Wähler wechselten der Analyse zufolge zu den Christsozialen. Auf der anderen Seite verlor die CSU aber etwa 100.000 Stimmen an die Freien Wähler. Eine Wählerwanderung von der SPD zur CSU habe es dagegen kaum gegeben.

Daß die Sozialdemokraten dennoch Einbußen hinnehmen mußten, erklärten die Wahlforscher damit, daß die Partei nur in geringem Maß neue Gruppen für sich mobilisieren konnte und gleichzeitig per Saldo etwa 60.000 Stimmen an Bündnis 90/Die Grünen verlor. Die SPD habe bei ihrem bereits vor vier Jahren ausgeschöpften Potential verharrt. Mit den Zugewinnen von der SPD, aber auch einer Mobilisierung von Nichtwählern hätten die Grünen ihren Wiedereinzug in den Landtag gesichert.

gisches Signal erhofft hatte, dann haben ihn die Christsozialen bestens bedient.

(Corriere della Sera, Rom)

Neuer Mut für die Truppen Helmut Kohls

Das gestrige Ergebnis sagt nur wenig über die Bundestagswahlen, die in zwei Wochen stattfinden. Die Sozialdemokraten haben nicht von einem Effekt Schröder profitiert. Sie waren sichtbar enttäuscht, da es ihnen nicht gelungen ist, ihre Position gegenüber 1994 zu verbessern. Der klare Sieg der CSU könnte jedoch die Truppen Helmut Kohls neu motivieren. Dieser bleibt überzeugt, daß es einen Umschwung bei den Wählern geben wird, von denen ein großer Teil noch unentschieden ist.

(La Tribune, Paris)

Kalte Dusche für die SPD

Sechs Millionen bayerischer Wähler haben die Hoffnungen der SPD abgekühlt, nach 16 Jahren wieder an die Regierung zu kommen. Das Szenario eines völlig von der Linken regierten Europas – von Bonn über Paris und London bis nach Rom – ist nach dem Sieg der CSU in ihrer Hochburg und dem enttäuschenden Ergebnis der SPD weniger wahrscheinlich geworden. Die regionale Wahl war als wichtiger Test für die Bundestagswahl erachtet worden.

„Der Stimmungswind dreht sich“

„Der Stimmungswind dreht sich zugunsten der Union. Sie hat bei der Landtagswahl in Bayern ihre Chance genutzt. Das Bundestagswahlergebnis kann knapp werden.“

Dies sagte der Geschäftsführer des Bielefelder Emnid-Instituts, Klaus-Peter Schöppner, auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf.

Nach einer Emnid-Untersuchung, bei der in der heißen Wahlkampfphase in den vergangenen Wochen 1000 wahlberechtigte Bundesbürger befragt wurden, glauben zwei Drittel nicht, daß SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder seine „Politik der neuen Mitte“ durchsetzen könne. Selbst „über 50 Prozent“ der SPD-Wähler sind dieser Meinung sind.

Das Abschneiden der CSU ist ein Vertrauensschub für den Kanzler in seinem Kampf um ein fünftes Mandat.

(La Repubblica, Rom)

Schröders Vormarsch gestoppt

Für Gerhard Schröder muß der Ausgang der bayerischen Landtagswahl eine große Enttäuschung sein. Er ist dort oft im Wahlkampf aufgetreten, um seine Stellung als führender Kandidat zu zementieren, und hat immer wieder damit geprahlt, daß diese Landtagswahl das Ende der Ära Kohl einläuten werde. Statt dessen muß er nun konstatieren, daß der erwartete sozialdemokratische Durchbruch ausgeblieben ist. Schröders persönlicher Vormarsch ist gestoppt, was erhebliche psychologische Auswirkungen auf viele Wähler in der Mitte der deutschen Politik haben kann. Mit dem Wahlergebnis wird wieder einmal unterstrichen, daß man den Kanzler nicht vorab abschreiben darf. Kohl hat es sich zur Gewohnheit gemacht, im Endspurt am besten zu sein.

(Berlingske Tidende, Kopenhagen)

Schröder hat nichts zu bieten

Diese bayerische Wahl ist ein wichtiges Barometer zwei Wochen vor den allgemeinen Wahlen, auch wenn es einen Unterschied zwischen 8,8 Millionen bayerischen Wählern und 60 Millionen deutschen Wählern gibt. Der Kanzler übertrifft seit seiner beeindruckenden Rede vom 3. September im Bundestag weiterhin seinen Rivalen bei den Wahlkundgebungen. Der alte Kanzler, der die letzte Schlacht seiner langen Karriere vor dem Hintergrund der russischen Krise führt, wirft sein Können in der Außenpolitik in die Waagschale. Schröder hat da nichts zu bieten und bleibt auf die Kritik an der Arbeitslosigkeit und der Sozialpolitik der Regierung begrenzt, wenn auch mit der massiven Unterstützung der Gewerkschaften.

(Le Figaro, Paris)

Schwere Niederlage für Schröder

Die SPD von Gerhard Schröder hat in Bayern eine schwere Wahlniederlage hinnehmen müssen. Bayern hat sich von Gerhard Schröder nicht beeindrucken lassen. Unbeantwortet bleibt die Frage, inwieweit die Entscheidung der neun Millionen bayerischen Wähler die Bundestagswahl Ende dieses Monats beeinflussen wird. Vielsagend ist, daß am Wahlabend sofort ein Streit in der bayerischen SPD ausbrach. Bemerkenswert ist auch, daß die SPD in Bayern gerade eine Anti-Kohl-Kampagne mit Schröder als wichtigstem Vertreter geführt hatte.

(De Volkskrant, Amsterdam)

Bayernwahl mit bundespolitischem Signal

Stimmungswende:

Die Wählerinnen und Wähler wenden sich in großer Zahl der Union zu.

Klare Niederlage für Schröder

1. Das Ergebnis der Bayern-Wahl ist ein **toller Erfolg für die CSU**. Der Glückwunsch der CDU Deutschlands gilt unserer Schwesterpartei CSU, gilt Edmund Stoiber und Theo Waigel.

2. Daß die CSU gegen **18 konkurrierende Parteien** wiederum eine **absolute Mehrheit** erzielen konnte, macht das Besondere dieses Wahlergebnisses aus. Die Wahlen zeigen, daß sich die Wählerinnen und Wähler **unabhängig von zwischenzeitlich auftretenden Stimmungen** im Wahllokal ihrer Verantwortung bewußt sind.

3. Wenn man die drei Wahlen betrachtet, die es seit der Nominierung des SPD-Kandidaten gegeben hat, (Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Landtagswahlen in Bayern), **so hat Rot-Grün in allen drei Wahlen stagniert oder sogar an Stimmen abgenommen**. Das heißt: der Kandidateneffekt, der sich in einigen Umfragen widerzuspiegeln schien, hat an der Wahlurne nicht mehr gewirkt - im Gegenteil, die Wählerinnen und Wähler haben in Bayern eindeutig auf die Plakatierung von Schröder reagiert und der SPD einen Korb gegeben. **Der von der SPD erhoffte Kandidateneffekt blieb so imaginär wie Schröders Versprechungen.** Die Bayern-Wahl bestätigt den Stimmungsumschwung gegen einen Wechsel zu Rot-Grün. **Die Wählerinnen und Wähler lehnen Rot-Grün ab.**

4. Erfreulich ist, daß die Rechtsradikalen abgeschmettert wurden. Sie hatten das letzte Mal in Bayern durchaus ein Stimmergebnis, das zur Sorge Anlaß gab. Sie haben es nicht wesentlich steigern können. **Die Rechtsradikalen sind abgeschmettert.**

5. Das Wahlergebnis zeigt auch, wie **begrenzt die Prognosekraft von Umfragen** ist in einer Zeit, in der sich sehr viele Wählerinnen und Wähler erst im allerletzten Moment festlegen und entscheiden. Entscheidend ist nicht, wer die Umfragen gewinnt, sondern wer an den Wahlurnen die besseren Ergebnisse erzielt.

Sicherheit statt Risiko

CDU

Die Landtagswahl in Bayern am 13. September 1998

– Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Landtagswahl Bayern 1998 (Gesamtstimmen) [1]		Landtagswahl Bayern 1994 (Gesamtstimmen) [1]		Differenz
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	**8.824.003**		8.743.532		
Wahlbeteiligung	**6.176.796**	**70,0**	5.926.503	67,8	**+2,2**
gültige Gesamtstimmen [1]	**12.182.346**		11.669.881		
CSU	**6.445.716**	**52,9**	6.163.888	52,8	**+0,1**
SPD	**3.501.418**	**28,7**	3.506.620	30,0	**-1,3**
Bündnis 90/Die Grünen	**692.071**	**5,7**	713.732	6,1	**-0,4**
FW Freie Wähler Bayern e.V.	**444.861**	**3,7**			**+3,7**
Republikaner	**437.967**	**3,6**	454.170	3,9	**-0,3**
Ökologisch-Demokra. Partei	**217.645**	**1,8**	248.983	2,1	**-0,3**
FDP	**201.635**	**1,7**	327.305	2,8	**-1,1**
Bayernpartei	**88.700**	**0,7**	119.872	1,0	**-0,3**
Bund freier Bürger	**50.336**	**0,4**	52.513	0,4	**0,0**
NPD	**23.884**	**0,2**	11.599	0,1	**+0,1**
Freie Bürger Union	**23.871**	**0,2**	41.912	0,4	**-0,2**
Sonstige	**54.242**	**0,4**	29.287	0,3	**+0,1**

[1] Gesamtstimmen: Darunter wird bei den bayerischen Landtagswahlen eine Addition von Erst- und Zweitstimmen verstanden. Die Gesamtstimmen eines Wahlvorschlags sind ausschlaggebend für die Sitzverteilung.

Mandatsverteilung

	Landtagswahl Bayern 1998		Landtagswahl Bayern 1994		Differenz
CSU	**123**	**(99)**	120	(99)	+3
SPD	**67**	**(5)**	70	(5)	-3
Bündnis 90/Die Grünen	**14**		14		0
Summe	**204**	**(104)**	204	(104)	0

in Klammern: Direktmandate

Die Landtagswahl Bayern 1998 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Landtagswahl Bayern 1998 (Gesamtstimmen) [1]		Landtagswahl Bayern 1994 (Gesamtstimmen) [1]			Bundestagswahl 1994 (Zweitstimmen)		Europawahl 1994	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	**8.824.003**		8.743.532			8.767.500		8.758.640	
Wahlbeteiligung	**6.176.796**	**70,0**	5.926.503	67,8		6.744.161	76,9	4.940.540	56,4
gültige Stimmen	**12.182.346**		11.669.881			6.693.003		4.895.868	
CSU	**6.445.716**	**52,9**	6.163.888	52,8	**+0,1**	3.427.196	51,2	2.393.374	48,9
SPD	**3.501.418**	**28,7**	3.506.620	30,0	**-1,3**	1.983.979	29,6	1.162.117	23,7
Grüne	**692.071**	**5,7**	713.732	6,1	**-0,4**	419.763	6,3	427.733	8,7
FW	**444.861**	**3,7**			**+3,7**				
Rep	**437.967**	**3,6**	454.170	3,9	**-0,3**	189.752	2,8	322.702	6,6
ÖDP	**217.645**	**1,8**	248.983	2,1	**-0,3**	82.065	1,2	106.973	2,2
FDP	**201.635**	**1,7**	327.305	2,8	**-1,1**	430.125	6,4	163.399	3,3
BP	**88.700**	**0,7**	119.872	1,0	**-0,3**	42.491	0,6	77.815	1,6
BFB	**50.336**	**0,4**	52.513	0,4	**0,0**			90.670	1,9
FBU	**23.871**	**0,2**	41.912	0,4	**-0,2**				
NPD	**23.884**	**0,2**	11.599	0,1	**+0,1**			7.169	0,1
Sonstige	**54.242**	**0,4**	29.287	0,3	**+0,1**	117.632	1,8	143.916	2,9

[1] Gesamtstimmen: Darunter wird bei den bayerischen Landtagswahlen eine Addition von Erst- und Zweitstimmen verstanden. Die Gesamtstimmen eines Wahlvorschlags sind ausschlaggebend für die Sitzverteilung.

Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern seit 1946 (Gesamtstimmen)

Jahr	Wahlbet.	CSU	SPD	Grüne	FDP	REP	Sonstige
1946 [1]	75,7	52,3	28,6	-	5,7	-	13,5
1950	79,9	27,4	28,0	-	7,1	-	37,5
1954	82,4	38,0	28,1	-	7,2	-	26,7
1958	76,6	45,6	30,8	-	5,6	-	18,0
1962	76,5	47,5	35,3	-	5,9	-	11,3
1966	80,6	48,1	35,8	-	5,1	-	10,9
1970	79,5	56,4	33,3	-	5,6	-	4,8
1974	77,7	62,1	30,2	-	5,2	-	2,5
1978	76,6	59,1	31,4		6,2	-	3,3
1982	78,0	58,3	31,9	4,6	3,5	-	1,7
1986	70,1	55,8	27,5	7,5	3,8	3,0	2,4
1990	65,9	54,9	26,0	6,4	5,2	4,9	2,6
1994	67,8	52,8	30,0	6,1	2,8	3,9	4,3
1998	**70,0**	**52,9**	**28,7**	**5,7**	**1,7**	**3,6**	**7,4** [2]
Diff. 94/98	+ 2,2	+ 0,1	- 1,3	- 0,4	- 1,1	- 0,3	+ 3,1

1) 1946 hatte der Wähler nur eine Stimme
2) darunter: Freie Wähler Bayern e.V. = 3,7 %

Sitzverteilung im Bayerischen Landtag seit 1946

Jahr	CSU	SPD	Grüne	FDP	REP	Sonstige
1946	104	54	-	9	-	13
1950	64	63	-	12	-	65
1954	83	61	-	13	-	47
1958	101	64	-	8	-	31
1962	108	79	-	9	-	8
1966	110	79	-	-	-	15
1970	124	70	-	10	-	-
1974	132	64	-	8	-	-
1978	129	65	-	10	-	-
1982	133	71	-	-	-	-
1986	128	61	15	-	-	-
1990	127	58	12	7	-	-
1994	120	70	14	-	-	-
1998	**123**	**67**	**14**	-	-	-
Diff. 94/98	+ 3	- 3				

Die Abkürzungen bedeuten:

BfB	Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland – Die Freiheitlichen
BP	Bayernpartei
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
FBU	Freie Bürger Uniom
FDP	Freie Demokratische Partei
FW	FW Freie Wähler Bayern e. V.
Grüne	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei Deutschlands
REP	Die Republikaner
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen sowie der letzten Bundestags- und Europawahl (in Prozent)

Wahlgebiet/Land	letzte Wahl	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	Grüne	FDP	REP	PDS	Sonstige	nächste Wahl
Baden-Württemberg	24.03.1996	67,6	41,3	25,1	12,1	9,6	9,1			2001
Bayern	13.09.1998	70,0	52,9 [1]	28,7	5,7	1,7	3,6	-		2002
Berlin	22.10.1995	68,4	37,4	23,6	13,2	2,5	2,7	14,6		Herbst 1999
Brandenburg	11.09.1994	56,3	18,7	54,1	2,9	2,2	1,1	18,7		zw.12.07.und 11.9.1999
Bremen	14.05.1995	68,6	32,6	33,4	13,1	3,4	0,3	2,4	10,7 AFB	06.06.1999
Hamburg	21.09.1997	68,7	30,7	36,2	13,9	3,5	1,9	0,7	4,9 DVU 3,8 STATT	2001
Hessen	19.02.1995	66,3	39,2	38,0	11,2	7,4	2,0			07.02.1999
Mecklenburg-Vorpommern	16.10.1994	72,9	37,7	29,5	3,7	3,8	1,0	22,7		27.09.1998
Niedersachsen	01.03.1998	73,8	35,9	47,9	7,0	4,9	2,8			2003
Nordrhein-Westfalen	14.05.1995	64,0	37,7	46,0	10,0	4,0	0,8			2000
Rheinland-Pfalz	24.03.1996	70,8	38,7	39,8	6,9	8,9	3,5			2001
Saarland	16.10.1994	83,5	38,6	49,4	5,5	2,1	1,4			Sept./Dez. 1999
Sachsen	11.09.1994	58,4	58,1	16,6	4,1	1,7	1,3	16,5		19.09.1999 [3]
Sachsen-Anhalt	26.04.1998	71,5	22,0	35,9	3,2	4,2	0,7	19,6	12,9 DVU	2003
Schleswig-Holstein	24.03.1996	71,8	37,2	39,8	8,1	5,7				2000
Thüringen	16.10.1994	74,8	42,6	29,6	4,5	3,2	1,3	16,6		Mai/Okt.1999
Bundestag (Zweitstimmen)	16.10.1994	79,0	41,5 [2]	36,4	7,3	6,9	1,9	4,4		27.09.1998
Europa	12.06.1994	60,0	38,8 [2]	32,2	10,1	4,1	3,9	4,7		13.06.1999

[1] CSU [2] CDU/CSU [3] voraussichtlich

Wählerinitiative:
Arbeitnehmer für Helmut Kohl

- Ulrich Hettinger, amtierender Hauptgeschäftsführer der CDA,
- Alex von Schwerin, Betriebsrat und Bundesvorstandsmitglied der CDU, sowie
- Reinhard Markus, Betriebsrat und Bundesvorsitzender der Christlich-Sozialen Betriebsgruppen:

In einer spontanen Initiative haben sich von August bis heute fast 1000 Betriebs- und Personalräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute, Gewerkschaftssekretäre und Mitarbeitervertreter/innen der Wählerinitiative „Arbeitnehmer für Helmut Kohl" angeschlossen.

Aus der ganzen Republik, von Sindelfingen bis Lübeck, von Berlin bis Aachen, unterzeichneten Arbeitnehmervertreter den Wahlaufruf für Helmut Kohl. Sie haben unterschiedliche Gründe dafür, warum sie sich in den letzten Wochen vor dem 27. September für den jetzt amtierenden Bundeskanzler stark machen. Was sie verbindet, ist das klare Bekenntnis für eine Politik der soliden Mitte, für Soziale Marktwirtschaft und einen erfolgreichen Beschäftigungsaufbau.

Es empört uns, daß der DGB und einige Einzelgewerkschaften mit über 12 Mio. DM massiv Wahlhilfe für die SPD und für Rot-Grün finanzieren und so gewerkschaftliche Beitragsmittel mißbrauchen. Im Gegensatz hierzu werben wir als Erstunterzeichner der Initiative freiwillig und ehrenamtlich für Bundeskanzler Helmut Kohl. Es werden keine gewerkschaftlichen Beitragsmittel für diese Initiative genutzt. Viele christlich-demokratischen DGB-Gewerkschafter fühlen sich von ihrer Gewerkschaft hinters Licht geführt und vor einen Parteikarren gespannt, den zu ziehen sie nicht bereit sind!

Wir setzen ein Signal. Ein Signal dafür, daß sich Gewerkschafter parteipolitisch engagieren, daß sie aber sehr wohl wissen, daß Gewerkschaftspolitik und Parteipolitik auch finanziell klar zu trennen sind. Es ist unser gutes Recht, als Gewerkschafter parteipolitisch Flagge zu zeigen. Es ist unsere Pflicht, zu Sachthemen immer wieder klar Stellung zu beziehen. Wir sorgen jedoch dafür, daß keine gewerkschaftlichen Mittel zur indirekten Parteienfinanzierung mißbraucht werden. Dies erwarten wir ebenso von den Gewerkschaftern, die sich der SPD oder den Grünen verpflichtet fühlen.

Helmut Kohl, die personifizierte Mitte

Wir sehen Helmut Kohl als die personifizierte Mitte. Bei allem Sparen hat er immer darauf geachtet, daß die Fundamente unseres Sozialstaates intakt bleiben.

- Die Sozialversicherung bleibt beitrags- und leistungsbezogen, die Tarifautonomie wird nicht angetastet,
- Betriebsverfassung und Mitbestimmung konnten auf die Europäische Union ausgeweitet werden,
- die 2. Stufe der Pflegeversicherung trat pünktlich in Kraft,
- auf Drängen der christlich-sozialen Arbeitnehmer wurde ein neues Vermögensbeteiligungsgesetz verabschiedet.

Dies waren noch vor wenigen Jahren zentrale gewerkschaftliche Forderungen, die durch Bundeskanzler Helmut Kohl in konkrete Politik umgesetzt wurden.

Im Kontrast dazu sehen wir bei der SPD, daß sie Stollmanns „Crash-Kurs" gegen den Sozialstaat schluckt. Daß Gerhard Schröder den Gewerkschaften einen Unternehmer präsentiert, der bis heute nicht ausräumen konnte, daß in seiner unternehmerischen Praxis wesentliche Bestandteile des Arbeitsrechtes, des Tarifrechtes und der Mitbestimmung fehlten, ist eine Ohrfeige für jeden Gewerkschafter. Eine SPD, die in der Opposition grundlegende Positionen der Gewerkschaften räumt, ist schon peinlich. Als Regierungspartei wäre sie verheerend. Schon heute ist der gesellschaftliche Klimaschaden, den Schröder und Stollmann angerichtet haben, immens. Mangelnde wirtschaftliche Kompetenz der SPD will Schröder durch Stollmanns Philosophie gewerkschaftsfreier Räume kompensieren. Wer so mit Arbeitnehmerrechten umgeht, der ist kein Garant für eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

Hinzu kommt, daß Gerhard Schröder in Niedersachsen eine erschreckende Bilanz vorweist. So ist das Risiko, Sozialhilfeempfänger zu werden, in Niedersachsen mehr als doppelt so hoch wie in Bayern. In Niedersachsen scheiterte ein Bündnis für Arbeit am Ministerpräsidenten. Schröder behauptete im Landtagswahlkampf, mehr als 80.000 neue Jobs geschaffen zu haben; Tatsache ist, daß heute in Niedersachsen fast 10.000 sozialversicherte Beschäftigte weniger arbeiten als 1990. Niedersachsen und das Saarland haben die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer. Die sozialdemokratischen Landesvorsitzenden von ÖTV und DAG Niedersachsen, Horst Frigge und Wofgang Denia, stellten im September 1998 fest, daß „Niedersachsen das Schlußlicht aller Flächenländer im Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den Ausbildungsplätzen" sei. An Gerhard Schröder gerichtet, bescheinigten sie ihm „eine Politik der Untätigkeit und des Verdrängens". Niedersachsen hat die geringste Investitionsquote, aber die höchste Neuverschuldung Westdeutschlands: 26 Mrd. DM in acht Schröderjahren. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gab Niedersachsen 1996 ganze 92 Mark pro Arbeitslosen aus. Der Länderdurchschnitt lag bei 450 DM.

Beschäftigung hat Vorrang

Wir sind nicht mit allen Entscheidungen, die von der Bundesregierung in den letzten vier Jahren getroffen wurden, einverstanden. Wir sehen jedoch, daß alle Entscheidungen von dem Willen getragen sind, die Soziale Marktwirtschaft weiter zu entwickeln und die Strukturen des sozialen Netzes zu stabilisieren. Wir stellen fest, daß auch die unangenehmen Maßnahmen Mosaiksteine waren, um das schlimmste Übel der Gesellschaft zu bekämpfen, die Arbeitslosigkeit. Die Wachstumsprognose liegt für 1998 bei knapp 3,0 %, im nächsten Jahr ist eine ähnlich hohe Steigerung zu erwarten. Es gibt schätzungsweise 1,5 Millionen offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung ist seit März 1998 um 750 000 gestiegen, und es herrscht Preisstabilität.

Eine wichtige Maßnahme, die Steuerreform mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei Senkung der Steuersätze und Reduzierung der Steuerarten wurde von der Bundesregierung vorgelegt. Alle Ökonomen haben dieses Konzept unterstützt. Es war allein die SPD, die diese Steuerreform aus wahltaktischen Gründen im Bundesrat vereitelte. Dies ging zu Lasten der Arbeitslosen und zu Lasten des Standortes Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist die Chance, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr zumindest zeitweise unter vier Millionen sinkt, eine um so größere Leistung.

Wir respektieren und akzeptieren alle anderen Wahlentscheidungen. Wir respektieren und akzeptieren auch, wenn

Gewerkschafter mit ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit und ihren privaten Mitteln für eine Wahlentscheidung werben. Wir erinnern jedoch daran, daß nach einer Erhebung, die vom DGB alle vier Jahre zur Bundestagswahl stattfindet, ein erheblicher Teil der Mitglieder von DGB-Einzelgewerkschaften christlich-demokratisch orientiert ist. Es ist unsittlich, deren Beiträge gegen ihre eigene parteipolitische Überzeugung einzusetzen. Dies ist auch ein Verstoß gegen den Vertrag zur Bildung von demokratischen Einheitsgewerkschaften.

Darin vereinbarten die ehemaligen Richtungsgewerkschaften DGB und ADGB im März 1933:

- „Gewerkschaften sind die berufenen Vereinigungen zur Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten,
- die religiösen Grundkräfte sind in ihrer staats- und gesellschaftsaufbauenden Bedeutung zu achten und anzuerkennen,
- die Gewerkschaften haben parteipolitisch völlig ungebunden zu sein."

Dieser Vertrag war und ist die Grundlage für die Bildung freiheitlicher demokratischer Einheitsgewerkschaften. Die massive Parteinnahme, die aus der DGB-Kampagne und der IGM-Kampagne entsteht, sehen wir als Verletzung dieser vertraglichen Grundlage zur Bildung von Einheitsgewerkschaften.

Aufgrund seiner Erhebung ist dem DGB bekannt, daß bei der letzten Bundestagswahl 1994 23,7 % der Mitglieder von DGB-Gewerkschaften die Union gewählt haben. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind 88 % parteipolitisch überhaupt nicht organisiert. 6,8 % sind SPD-Mitglieder, 3,8 % haben sich der Union angeschlossen. Die Grünen kommen auf 1,8%, und 1 % bekennt sich zur PDS.

Die Unterzeichner der Wählerinitiative „Arbeitnehmer für Helmut Kohl" haben höchst unterschiedliche Gründe, weshalb sie den Aufruf unterschrieben haben. Sie stimmen darin überein, daß auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl ein neues Bündnis für Arbeit geschlossen wird. Der Konsensweg ist eine Konsequenz der Sozialen Marktwirtschaft. Wie kein anderer in der Union und in allen anderen Parteien steht Bundeskanzler Helmut Kohl für diesen Konsens. Wir sehen, daß er die Herausforderung von Globalisierung und Rationalisierung annimmt und die Instrumente der sozialen Partnerschaft wie Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Tarifautonomie und den sozialen Dialog europaweit und global stärkt. Dies wird eine Aufgabe sein, die Deutschland in der EU-Präsidentschaft von Januar bis Juni 1999 übernimmt. Wir werben dafür, daß nicht der Euro-Zweifler Schröder, sondern der weltweit geachtete Staatsmann Helmut Kohl die politische und soziale Einigung Europas weiter gestaltet.

25.000 Lehrstellen zusätzlich

Die Arbeitgeber haben versprochen, über die erwarteten 645.000 Ausbildungsplätze hinaus noch einmal 25.000 zusätzlich zu schaffen.

Derzeit würden 570.000 Lehrstellen angeboten, sagte der Ausbildungsexperte der Arbeitgeberverbände, Hagedorn. Insgesamt umfasse das Angebot 400 Berufe, die Bewerber interessierten sich aber für gerade einmal 15. Fachkräftemangel herrsche bereits in der Metall- und Elektroindustrie sowie bei Fleischern, Bäckern und Köchen. **(Siehe auch Seite 33)**

SPD rutscht endgültig nach links weg

Generalsekretär Peter Hintze zu den Fusionsplänen Rot-Grün von Otto Schily:

Die Grenzen zwischen Rot und Grün verwischen immer mehr. Erst hat Schröder im Bundestag eine lupenreine Lafontaine-Rede gehalten, jetzt folgt der Vorschlag von Otto Schily, SPD und Grüne zu einer Partei zu verschmelzen. Es würde mich nicht wundern, wenn demnächst ein Vorstoß aus der Sozialdemokratie käme, auch noch mit der PDS zu fusionieren.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen zeichnet sich immer klarer die Alternative ab: entweder Rot-Grün-Dunkelrot mit all den verhängnisvollen Folgen für Deutschland oder die Politik der Mitte unter Führung von Helmut Kohl und der CDU mit einer Stärkung des Aufschwungs, mit stabilen Preisen und internationaler Kompetenz.

PDS will mit der SPD im Bundestag zusammenarbeiten

Der PDS-Gruppenchef im Bundestag, Gregor Gysi, hat angekündigt, daß er zwischen der SED-Nachfolgepartei und der SPD dort Chancen zu einer Zusammenarbeit sehe, wo es inhaltliche Übereinstimmungen gebe.

Dies sei bei der von der SPD geplanten Rücknahme der Rentenreform, bei der Rücknahme der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der Rücknahme der Einschränkungen im Kündigungsschutz gegeben. „Der Regierungswechsel", so Gysi, „scheitert an uns nicht."

In eine linke Republik

Wir erinnern uns: Erst letzte Woche hatte Schröder eine Zusammenarbeit zwischen SPD und der PDS auf Landesebene befürwortet. Der Kanzlerkandidat der SPD will über den Bundesrat die PDS an der Bundespolitik beteiligen und so den Weg in eine linke Republik ebnen. Gysi nimmt das Angebot Schröders dankbar auf, will jedoch die Zusammenarbeit mit der SPD auch auf die Bundesebene ausdehnen. Die SPD muß sich klipp und klar zu ihrem Verhältnis zur PDS erklären. Die windelweichen Äußerungen Schröders reichen da nicht aus.

SPD kennt keine Scham

Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Mir geht es jedenfalls wie 60 Prozent der Bevölkerung, die Schröder nicht glauben, daß er sich nicht mit den Stimmen der PDS zum Kanzler wählen lassen würde. Nein, die SPD kennt auf dem Weg zur Macht keine Scham. Schröder will die Macht, notfalls auch mit Hilfe der PDS.

Er bringt es nicht

Schröder ist:

● **unglaubwürdig:** eine Person, mindestens zwei gegensätzliche Positionen, Null Aussage! Zwei Wochen vor der Bundestagswahl haben noch Zweidrittel der Bevölkerung den Eindruck, man wisse nicht, wie man bei ihm dran ist. Schröder steht für Verpackung. „Die Verpackung spielt bei ihm zweifelsohne eine ganz herausragende Rolle." (Rolf Kleine, Schröder-Biograph, RTL, 10. 9. 98) Damit verkauft Schröder die Illusion von Inhalt und hofft, daß der Betrogene es erst merkt, wenn es zu spät ist.

● **abhängig von Lafontaine:** Zweidrittel der Bevölkerung glauben, daß Schröder seine Politik nicht durchsetzen kann. Das glaubt auch Jürgen Trittin, der Schröder für einen guten Kellner grüner Politik hält. In der Haushaltsdebatte ist das Täuschungsmanöver „Neue Mitte" aufgeflogen. Schröders Kurs ist in Wahrheit Lafontaines Kurs, und das ist die „alte Linke".

● **ein europapolitischer Dilettant:** unfähig, die Bedeutung des Euro und seiner Stabilitätswirkung zu erkennen. Als ganz Europa auf Stabilität setzte, sprach er von „kränkelnder Frühgeburt".

● **ein Lügner:** Die SPD sagt, die Rente wird gekürzt. Dies ist eine Lüge. Wahr ist: Beiträge bleiben stabil, die Rente steigt weiter. Die SPD sagt, sie wolle Arbeitnehmerhaushalte entlasten. Das ist eine Lüge. Denn die Steuerreform der SPD sieht kaum einen Entlastungseffekt vor. Die SPD sagt, sie wolle das Kindergeld erhöhen. Das ist eine Lüge: In Wahrheit würde sie Familien stärker belasten. In den Wahlprogrammen von SPD und Grünen finden sich acht neue Steuern- und Abgabenerhöhungen.

● **ein Verräter an der Deutschen Einheit:** Er sah in der Wiedervereinigung eine „Lebenslüge" und stimmte im Bundesrat gegen die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

● **der Steigbügelhalter für eine linke Republik mit Rot-Grün-Dunkelrot:** Rot-Grün mit einer Stimme Mehrheit war für Schröder schon unmittelbar nach seiner Nominierung die Wunschkoalition. Alles andere, was danach kam, waren Ablenkungsmanöver.

Wer Höppner 1994 gegen die Große Koalition aufbringt und zur Zusammenarbeit mit der PDS ermuntert, damit der SPD-Mann Ministerpräsident wird, wer als Kanzlerkandidat 1998 durch Müntefering die Kooperation mit der PDS gutheißen läßt, zuckt nicht zurück, wenn es der eigenen Karriere nutzt. Ihr hat Schröder schon viele „Genossen" geopfert. Kein Wunder, daß z. B. Scharping feststellt: „Der Gerd hat zu viele charakterliche Defizite."

● **ein Versager im Amt:** Als Ministerpräsident in Niedersachsen hat er das Land an das Ende der Bundesliga-Tabelle geführt.

Arbeitslosenquote August 1998 (Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit):

Niedersachsen (Ministerpräsident Schröder, SPD)	10,7 %
Saarland (Ministerpräsident Lafontaine, SPD)	11,2 %
Nordrhein-Westfalen (Ministerpräsident Clement, SPD)	10,3 %
Baden-Württemberg (Ministerpräsident Teufel, CDU)	6,9 %
Bayern (Ministerpräsident Stoiber, CSU)	6,5 %

Jugendarbeitslosigkeit August 1998 (Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit):

Niedersachsen (Ministerpräsident Schröder, SPD)	14,2 %
Saarland (Ministerpräsident Lafontaine, SPD)	13,0 %
Nordrhein-Westfalen (Ministerpräsident Clement, SPD)	12,3 %
Baden-Württemberg (Ministerpräsident Teufel, CDU)	7,8 %
Bayern (Ministerpräsident Stoiber, CSU)	6,8 %

Nur Spitze beim Versagen sind Schröder und Lafontaine in ihren Bundesländern. Wer es schon dort nicht bringt, disqualifiziert sich. Schröder würde Deutschland ins Chaos führen, weil er für die Aufgabe einfach eine Nummer zu klein ist.

Argumente

Zur Wahlentscheidung am 27. September

Fakten und Argumente zählen, wenn es darum geht, die Wahlentscheidung am 27. September zu begründen. Und auch Stimmungen müssen sich an der Wirklichkeit orientieren:

- **Deutschland** ist ein starkes und angesehenes Land.
- **Deutschland** ist wirtschaftlich erfolgreich.
- **Deutschland** ist erfolgreich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Es kommt am Sonntag darauf an, die Erfolge nicht zu gefährden, sondern auch in Zukunft zu sichern.

Deshalb ist es nicht egal, welche Parteien nach dem 27. September die Geschicke unseres Landes lenken. Die SPD ist nicht die sozialere Schwester der CDU, und Gerhard Schröder ist nicht die jüngere Ausgabe von Helmut Kohl.

Deutschland steht vor einer Richtungswahl: die regierende Koalition der Mitte aus CDU, CSU und FDP **oder** ein Linksbündnis aus SPD und Grünen und – falls es zur Mehrheit nicht reicht – der SED-Fortsetzungspartei PDS.

„Politikwechsel", wie das Linksbündnis die Sache hinter dem harmlos klingenden Wort versteht, – das wäre das Ende der guten Jahre für Deutschland:

- **Ende** einer verläßlichen Außenpolitik,
- **Ende** des modernen Deutschlands,
- **Ende** des attraktiven Wirtschaftsstandorts.

Von den Folgen der Entscheidung am 27. September wird jede Wählerin, wird jeder Wähler unmittelbar selbst betroffen sein.

- **Es geht um** die ganz persönliche Zukunft eines jeden von uns.
- **Es geht um** die Zukunft unserer Kinder.
- **Es geht um** unsere Arbeitsplätze.
- **Es geht um** unsere soziale Sicherheit.
- **Es geht nicht zuletzt um** den Frieden in Europa.

CDU und CSU haben in einem gemeinsamen Programm deutlich gemacht, wie Deutschlands Zukunft gesichert werden soll – ganz konkret:

- Mit einer großen Steuerreform wollen wir das Steuerrecht einfacher machen und die Steuersätze deutlich senken.
- Durch eine Bildungsreform wollen wir sicherstellen, daß unsere Hochschulen und die deutsche Forschung auch in Zukunft einen Spitzenplatz in der Welt behaupten.
- Unser Gesundheitswesen soll auch weiterhin leistungsfähig und bezahlbar sein.
- Wir stehen für eine verläßliche Alterssicherung. Mit uns bleibt die Rente Alterslohn für Lebensleistung.

Die SPD mit Schröder steht dagegen . . . ja, für was?

Den Worten des Kandidaten ist wenig zu entnehmen. Seine Taten sprechen dafür eine umso deutlichere Sprache:

● Schröder hat zusammen mit Lafontaine gegen den NATO-Doppelbeschluß agitiert.

● Schröder hat den Austritt Deutschlands aus der militärischen Integration der NATO gefordert.

● Schröder war gegen die deutsche Einheit. Im Bundesrat hat er dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht zugestimmt.

● Schröder hat in der Landeshauptstadt des von ihm regierten Niedersachsen die Chaos-Tage zugelassen.

● Schröder verspricht mehr soziale Gerechtigkeit. In Niedersachsen hat er drastische Sozialkürzungen vorgenommen.

● Neben dem Saarland weist Niedersachsen die höchste Arbeitslosigkeit unter den westdeutschen Flächenländern auf.

Es ist völlig unverständlich, daß ein Politiker mit einer solchen Minus-Bilanz überhaupt den Anspruch erhebt, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden.

Die Positiv-Bilanz der Bundesregierung läßt sich sehen:

● Die Wirtschaft wächst mit bis zu drei Prozent in diesem Jahr.

● Der Exportmotor brummt wie nie.

● Die Arbeitslosigkeit sinkt unter die Vier-Millionen-Grenze. 750.000 neue Arbeitsplätze sind zwischen März und Juni entstanden.

Konsequente Reformpolitik hat dafür gesorgt, daß wir diese Erfolge verzeichnen können:

● Renten- und Gesundheitsreform, Neuregelung der Lohnfortzahlung,

● Flexibilisierung des Arbeitsmarkts mit Änderungen im Kündigungsrecht,

● Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer,

● Steuerentlastung für alle Bürger um jährlich 35 Milliarden Mark seit 1996,

● verbesserte Chancen für Existenzgründer.

Aber auch das muß gesagt werden: Es ist kein Zufall, daß die **Wirtschaft der neuen Bundesländer** dort am besten floriert, wo die Landesregierung von der CDU gestellt wird.

Wir haben die **Familien** in einem Maß gefördert, wie das bisher noch nie der Fall war. Um nur das Wichtigste zu nennen: durch ● Kindergeld ● Erziehungsgeld ● Erziehungsurlaub ● Wohngeld und Wohneigentumsförderumg ● Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ● Anerkennung der Erziehungsleistung.

Wir haben das **Asylrecht** geändert, nehmen auch in Zukunft politisch Verfolgte auf, schieben aber konsequent abgelehnte Asylbewerber und kriminelle Ausländer ab.

Wir haben die **innere Sicherheit** verbessert und vertreten die klare Linie „Null Toleranz" bei Rechtsbruch und Gewalt.

Wir haben mit unserer Politik die Grundlage für soziale Sicherheit und stabilen Frieden geschaffen.

Unser Land geht in ein neues Jahrhundert. Wichtige Veränderungen stehen bevor. Die neuen Aufgaben sind groß.

Wir brauchen einen klugen Anwalt unserer Interessen. Deutschland braucht Helmut Kohl und die CDU.

An Verlogenheit nicht mehr zu überbieten

Zu den Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten Schröder zum Aufbau Ost erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des Bundesvorstandes, Bundesminister Matthias Wissmann:

Die Behauptung von Schröder, er sehe eine persönliche Aufgabe darin, „neuen Drive in den Aufschwung Ost" zu bringen, ist an Verlogenheit nicht mehr zu überbieten. Noch am 15. Januar 1996 hören wir von Schröder in der Leipziger Volkszeitung: „Wir können die ja schließlich nicht an Polen abtreten." Solche Entgleisungen sind kein Einzelfall. Bereits im Zuge des deutschen Einigungsprozesses erklärte Schröder über die Menschen in den neuen Bundesländern: „Wer spät kommt, muß sich hinten anstellen." (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8. 11. 89)

Wer sich derartig abfällig über die Menschen in Ostdeutschland und den Prozeß der Deutschen Einheit geäußert hat, hat jegliche Glaubwürdigkeit in Sachen Aufbau Ost verspielt.

Demgegenüber hat die Bundesregierung sich wirklich für die Menschen in den neuen Ländern engagiert und entsprechend gehandelt. Die Erfolge, die wir beim Aufbau Ost verzeichnen, können sich sehen lassen:

Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist nunmehr auch in den neuen Bundesländern angekommen. Bereits zum dritten Mal in Folge ist die Arbeitslosigkeit dort im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahresmonat gesunken.

Dank der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung in den neuen Ländern entfallen inzwischen etwa zwei Drittel der Strukturanpassungsmaßnahmen auf Lohnkostenzuschüsse in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, finden also im ersten Arbeitsmarkt statt.

Mittlerweile gibt es in den fünf neuen Bundesländern über 520.000 mittelständische Unternehmen, in denen mehr als 3,2 Mio. Menschen Arbeit finden. Darunter sind hochproduktive Industriebetriebe, die weltweit neue Maßstäbe setzen – wie etwa Opel in Eisenach, das Braunkohle-Kraftwerk „Schwarze Pumpe" oder das Chemiedreieck. Zu dieser insgesamt erfreulichen Entwicklung hat unsere enorme Investitionstätigkeit in den neuen Ländern in erheblichem Maße beigetragen.

Seit 1990 wurden in den neuen Ländern insgesamt fast 1.200 Mrd. DM erfolgreich eingesetzt.

Allein im Verkehrsbereich haben wir seit Sommer 1990 bis heute rd. 80 Mrd. DM investiert. Das sind 43 % aller Verkehrswegeinvestitionen in Deutschland. Gleichwohl erfordert der immer noch schwierige strukturelle Anpassungsprozeß weiterhin nachhaltige Anstrengungen aller Beteiligten, damit sich ein stabiler Wachstumsprozeß für die gesamte ostdeutsche Wirtschaft entwickeln kann. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit behalten Priorität. In den nächsten Jahren bis 2005 werden nochmals über 60 Mrd. DM hinzukommen. Wir werden dann in den neuen Ländern die modernsten Verkehrswege Europas geschaffen haben. Dies sind hervorragende Voraussetzungen für ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland. ■

Rot-grüne Umweltpolitik:

Gefahr für Wirtschaft, Umwelt und Arbeitsplätze!

Zu den Forderungen nach Ökosteuern und einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Kurt-Dieter Grill:

Die umweltpolitischen Vorstellungen von SPD und Grünen zeigen eins ganz deutlich: Rot und Grün kommen sich programmatisch immer näher.

So hat inzwischen auch Schröder klar die Absicht geäußert, kurzfristig aus der Kernenergie aussteigen zu wollen. Damit schwenkt er nun endgültig auf die Ausstiegspolemik der Grünen ein. Die Konsequenzen eines Ausstiegs aus der Kernenergie werden von Rot-Grün allerdings gerne verschwiegen.

Die Kernenergie trägt zur Zeit ein Drittel zur Energieerzeugung in Deutschland bei. Wie soll sie bei einem Sofortausstieg ersetzt werden?

Die Wiederinbetriebnahme von Elektrizitätsanlagen wäre mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden. Die seit Jahren stillgelegten Kraftwerke müßten rundum erneuert werden, bevor sie für die Stromproduktion in der Grundlast genutzt werden könnten. Statt dessen könnte der Strom aus dem Ausland bezogen oder der Bau von erdgasbetriebenen Kraftwerken forciert werden. Bei beiden Varianten würden wir uns allerdings in starke Abhängigkeiten vom Ausland begeben. Der Import von im Vergleich zu Strom aus anderen Energiequellen billigem Atomstrom, beispielsweise aus Frankreich oder Osteuropa, ließe sich in einem europäischen Binnenmarkt ohnehin nicht vermeiden. Damit hätten die Deutschen mit dem nationalen Ausstieg nichts gewonnen. Aber auch mit dem Übergang auf Erdgasanlagen sind neue Risiken verbunden. Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre haben die deutschen Kraftwerksbetreiber schon einmal Lehrgeld zahlen müssen, weil infolge der zweiten Ölpreiskrise auch die internationalen Erdgaspreise kräftig anzogen. Bei einer Bewertung der Preisrisiken ist außerdem zu berücksichtigen, daß die Erdgasvorräte konzentriert sind und mehr als 70 Prozent der nachgewiesenen Reserven auf politisch labile Regionen wie Osteuropa oder den Nahen Osten entfallen.

Ginge es nach den Grünen, die auch aus dem Einsatz von Braun- und Steinkohle zur Stromerzeugung aussteigen wollen, so müßten wir bei einem Kernenergieausstieg praktisch 85 Prozent der gegenwärtigen deutschen Stromerzeugungskapazität aufgeben. Das würde das Aus für den Industriestandort Deutschland bedeuten. Selbst bei intensivstem Energiesparen und verstärkter Nutzung erneuerbarer Energien (beides wird von uns sehr gefördert) ließe sich dies nicht ausgleichen!

Durch den Betrieb deutscher Kernkraftwerke wird jährlich ein Ausstoß von 170 Millionen Tonnen CO_2 verhindert. Wie soll bei einem Sofortausstieg die dann bedrohlich verschärfte Klimaproblematik gelöst werden?

Um die Energieversorgung in Deutschland zu gewährleisten, müßte bei einem Sofortausstieg verstärkt auf die Verbrennung fossiler Energieträger gesetzt werden. Einige Politiker aus den Reihen der SPD scheinen sich allerdings der Gefahr, die mit der damit verbundenen Erhöhung der CO_2-Emissionen verbunden ist, nicht bewußt zu sein. So stellte Lafontaine fest: „Es gibt unzählige gefährliche Schadstoffe. Die Verengung auf Kohlendioxid ist eine Erfindung der Atomlobby" (Berliner Zeitung vom 6. Juni 1998). Es handelt sich natürlich ganz und gar nicht um eine Erfindung der Atomlobby, sondern die Wissenschaft ist sich darüber einig, daß durch eine Erhöhung des Gehaltes des Treibhausgases CO_2 in der Atmosphäre ein Anstieg der mittleren Temperaturen um 1 bis 3,5 Grad Celsius resultieren würde mit weltweit extremen Folgen für die Menschheit: Ausbreitung der Wüsten, Verstärkung von Hochwasser und Sturm, Ansteigen des Meeresspiegels um 30 bis 50 Zentimeter bis zum Jahre 2050. Als direkt bedroht gilt der unmittelbare Lebensraum von mehr als 220 Millionen Menschen. Dies als Erfindung der Atomlobby zu bezeichnen, zeugt nicht gerade von umweltpolitischer Kompetenz.

Wir haben uns im Bewußtsein der Gefahren eines globalen Treibhauseffektes das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2005 die CO_2-Emissionen auf der Basis von 1990 um 25 Prozent zu reduzieren. Bereits 1997 konnte durch unsere umfangreichen CO_2-Minderungsprogramme eine Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes um 12,4 Prozent erreicht werden. Wir haben unser Ziel also bereits zur Hälfte erfüllt! Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie würde allerdings das Erreichen unseres Minderungsziels unmöglich machen. Es ist schon paradox und eine Blendung der Bürgerinnen und Bürger, wenn Rot-Grün massiv unsere erfolgreiche CO_2-Politik kritisiert, zugleich aber bei einem Ausstieg aus der Kernenergie für eine enorme Erhöhung der CO_2-Emissionen verantwortlich wäre. So errechnete das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, daß bei einem Sofortausstieg die CO_2-Emissionen um 40 Prozent zunehmen würden.

Durch einen Ausstieg verliert Deutschland seinen Einfluß auf internationale Sicherheitsstandards. Wie soll unsere Bevölkerung dann zukünftig vor veralteten und unsicheren Atomanlagen in Osteuropa geschützt werden?

Die Kernkraftwerke gerade in Osteuropa weisen ein mangelhaftes Sicherheitsniveau auf. Es ist daher – auch zum Schutz unserer eigenen Bevölkerung – wichtig, diese Länder mit unserer hochwertigen Sicherheitstechnik und dem entsprechenden Know-How zu unterstützen. Dies setzt aber zwangsläufig ein Festhalten an der Kernenergie in Deutschland voraus, um unseren Einfluß auf internationale Sicherheitsstandards nicht zu verlieren und zu verhindern, daß der Beitrag der deutschen Nuklearindustrie zur Nachbesserung osteuropäischer Reaktoren längerfristig gegen Null gefahren wird.

Der von der CDU geführten Bundesregierung vorgelegte Bericht zum völkerrechtlichen Übereinkommen über nukleare Sicherheit belegt das im internationalen Vergleich hervorragende Sicherheitsniveau deutscher Kernkraftwerke. Wir setzen uns für die Anwendung dieses hohen Standards auch in anderen Ländern ein. Ziel unserer Politik ist es, den deutschen Sicherheitsmaßstab als Schrittmacher einer starken europäischen Sicherheitspraxis und damit als Motor auch für die allgemeine internationale Entwicklung der nuklearen Sicherheit einzusetzen. Sicherheit soll – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit – mit den wachsenden wissen-

schaftlichen und technologischen Möglichkeiten aktiv weiterentwickelt werden. Solange Kernenergie für die Energieversorgung der Welt gebraucht wird, sollten Kernkraftwerke vor allem dort betrieben werden, wo die erforderlichen Infrastruktureinrichtungen und optimal ausgebildetes Personal vorhanden sind!

Durch einen Ausstieg würden 40.000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze vernichtet. Wo sollen diese Menschen beschäftigt werden? Wer trägt die Kosten eines Sofortausstiegs aus der Kernenergie?

Bei einem Sofortausstieg müßten rund 330 Milliarden DM in den Neubau alternativer Kraftwerke investiert werden. Gleichzeitig würde Kapital in Höhe von 70 Milliarden DM vernichtet. Zusätzliche Kosten entstünden durch höhere Strompreise (Kernenergie ist gegenüber Strom aus heimischer Kohle um 3 bis 5 Pfennig je Kilowattstunde billiger!) und Schadenersatzforderungen der Kernkraftwerksbetreiber. Die Zeche zahlen letztendlich die Stromverbraucher!

Anstatt über umweltpolitisch und volkswirtschaftlich unsinnige Ausstiegsszenarien aus der Kernenergie zu philosophieren, sollte Schröder als Aufsichtsratsmitglied von Preussen-Elektra lieber dafür sorgen, daß das Unternehmen seine Klage gegen die Novelle des Stromeinspeisungsgesetzes, die die erneuerbaren Energien fördert, zurücknimmt.

Auch bei der Forderung der Grünen, Energie hoch zu besteuern, schwenkt Schröder auf den grünen Ökohorror ein!

Wir glauben nicht, daß man mit dem Preishammer auf die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland einschlagen muß, um sie zu umweltbewußtem und energiesparendem Verhalten zu bewegen. Wer so handelt, spricht den Menschen die Fähigkeit zu eigenverantwortlichem Denken und Handeln ab. Ganz zu schweigen davon, ist ein nationaler Alleingang einer höheren Besteuerung von Energie umweltpolitisch unsinnig, für Wirtschaft und Arbeitsplätze in höchstem Maße schädlich und sozial ungerecht.

Eine moderne Wirtschaft, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung erreichen wir nicht durch eine Politik der Umverteilung, die den internationalen Wettbewerb negiert und durch das bloße Verschieben zwischen Steuern und Abgaben nichts an der Belastung insgesamt verändert. Daher muß die von uns geplante große Steuerreform mit den Leitlinien niedriger – einfacher – gerechter und einer spürbaren Nettoentlastung für Bürger und Unternehmen kommen. Nur wenn sich Investitionen rechnen, wenn dadurch neue, moderne und umweltfreundliche Produktionsanlagen und -verfahren entstehen, können wir den Zielen mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung gerecht werden.

Wenn wir darüber hinaus Arbeit einerseits sowie Energie- und Rohstoffeinsatz andererseits wieder stärker ins Gleichgewicht bringen wollen, so erreichen wir dies nicht durch einen nationalen Alleingang. Wenn nur bei uns in Deutschland Energie teurer wird, die Unternehmen darauf hin an Konkurrenzfähigkeit verlieren und Arbeitsplätze in Nachbarländer verlagert werden, wo dasselbe unter für die Umwelt weniger günstigen Bedingungen produziert wird, dann ist für die Arbeitsplätze und für die Umwelt nichts gewonnen.

Für die CDU kommt daher nur eine europäisch harmonisierte aufkommens- sowie wettbewerbsneutrale Steuerlösung in Frage. Die CDU steht dafür, daß Umwelt und Arbeitsplätze nicht gegeneinander ausgespielt, sondern in Übereinstimmung gebracht werden.

Rot-Grün weist gerne auf „Erfolge" von Ökosteuern in anderen europäischen Ländern hin. Die Niederlande und einige skandinavische Länder haben tatsächlich diverse CO_2-/Energiesteuern eingeführt, aber diese Länder haben zugleich genau darauf geachtet, durch Gewährung von Anrechnungsmöglichkeiten und Teilbefreiungen Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten der jeweiligen Industrie zu vermeiden. Letztendlich sind somit dort die energieintensiven Unternehmen von der Steuer ausgenommen, belastet werden nur der Verkehrsbereich und die privaten Haushalte. Betroffen sind also letztlich sozial Schwache und Autofahrer. Dies verschweigt Rot-Grün.

Auch wenn die Grünen die 5-Mark-Benzin-Forderung mittlerweile kaschieren, so bleibt sie doch zwischen den Zeilen bestehen. Grünen-Vorstandssprecher Trittin: „Da wird nichts revidiert. Das Magdeburger Programm wird eine gute Grundlage eventueller Koalitionsverhandlungen bilden." (Welt am Sonntag vom 21. Juni 1998). Der Grüne Horrorkatalog behält also seine Gültigkeit. Die 5-Mark-Benzin-Forderung würde bedeuten, daß eine Tankfüllung (70 Liter) allein 350 DM kosten würde. Ein Autofahrer mit durchschnittlichem Benzinverbrauch (9 Liter pro 100 Kilometer, 15.000 Kilometer Jahresfahrleistung) müßte bei einem Benzinpreis von 5 DM pro Liter zusätzlich über 4.500 DM jährlich aufwenden. Dies wäre in besonderem Maße sozial ungerecht. Gerade Bürger mit kleineren und mittleren Einkommen und Pendler aus dem ländlichen Raum wären von der drastischen Benzinpreisverteuerung besonders betroffen. Sozial Schwächere – wie Rentner, Arbeitslose oder Studenten – könnten sich das Autofahren nicht mehr leisten. Autofahren würde zum Luxus werden. Dies ist mit der CDU nicht zu machen!

Der Vorschlag, die Einnahmen aus der Ökosteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten einzusetzen, klingt nicht schlecht, hat aber einen entscheidenden Haken: Würde nämlich das eintreten, was die Grünen prophezeien, nämlich die Rückführung der Energienachfrage als Folge der Ökosteuer, würde sich automatisch ein gewaltiges Finanzierungsloch öffnen. Allein hieran erkennt man, wie wenig durchdacht das Konzept der Grünen ist.

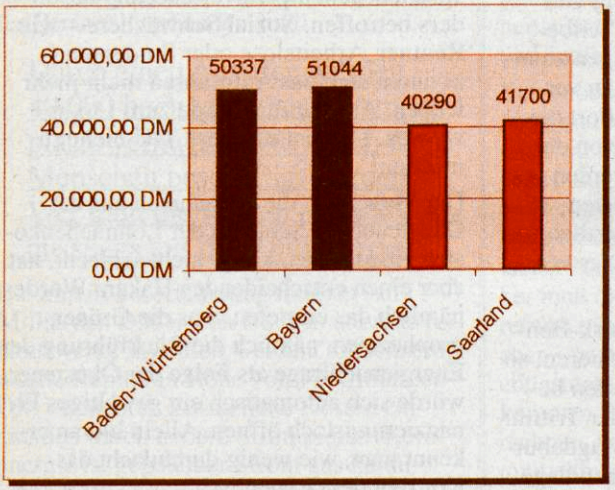
Wann geht Rot-Grün endlich ein Licht auf? Ihre Ideen schaden unserer Umwelt, belasten Verbraucher und Unternehmer, bedrohen Arbeitsplätze und gefährden die Energieversorgung in Deutschland!

Auf den Titelseiten Kohl weit häufiger als Schröder

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der Medienpräsenz seinen SPD-Herausforderer Gerhard Schröder seit Ende August überholt. Wie die Faktum Medienrecherche Berlin mitteilte, wurde der Amtsinhaber zwischen dem 17. August und dem 8. September 2.555mal auf den Titelseiten überregionaler und regionaler Tageszeitungen genannt. Der niedersächsische Ministerpräsident brachte es lediglich auf 1.745 Namensnennungen. Im Vergleich dazu kamen CSU-Chef Theo Waigel (528), Grünen-Fraktionssprecher Joschka Fischer (327), FDP-Chef Wolfgang Gerhardt (299) und PDS-Gruppenchef Gregor Gysi (113) relativ selten auf den ersten Seiten vor.

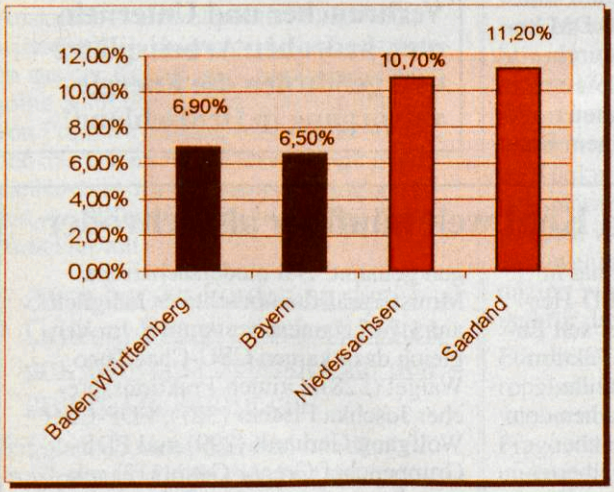
Ländervergleich Baden-Württenberg,

Die Union bringt Leistung



Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 1997

Die Union schafft Arbeitsplätze



Arbeitslosigkeit August 1998

Leistung statt Show

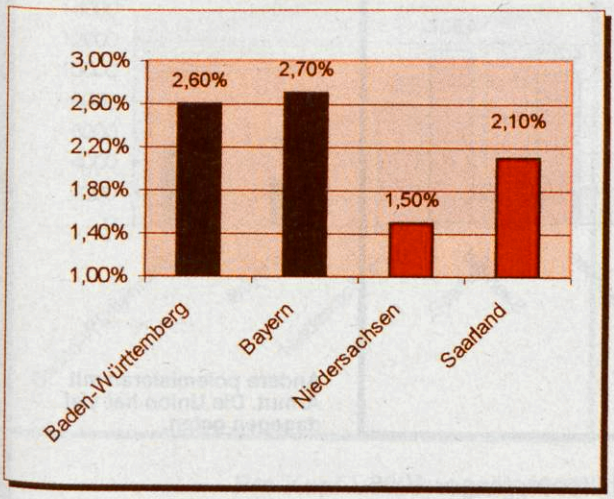
Die Vernebelungstaktik der SPD läuft ins Leere. Die Zahlen sprechen für uns: Wo die Union regiert, ist der Erfolg. Wo die SPD in der Verantwortung ist, geht es bergab. Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine sind die Schlußlichter unter den Bundesländern.

Erfolgreiche Politik schafft große Wirtschaftskraft. Leistung lohnt sich – das ist unser Prinzip.

Arbeit schaffen wollen alle – wir tun es.

Bayern, Niedersachsen und Saarland

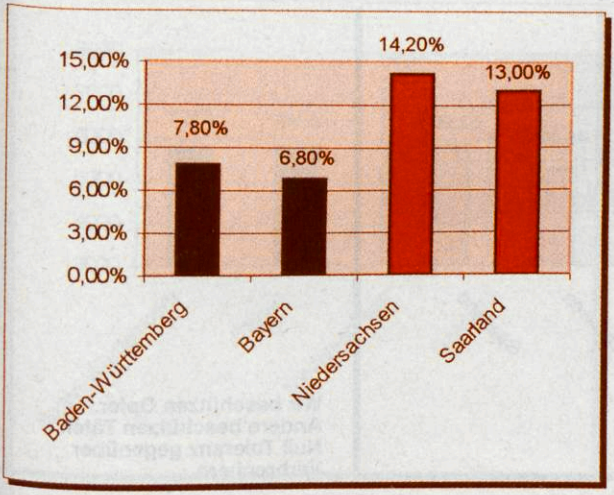
Die Union schafft den Aufschwung



Bayern und Baden-Württemberg sind die Motoren des Aufschwungs. Saarland und Niedersachsen bremsen ihn.

BIP-Wachstum 1997

Die Union bietet Chancen

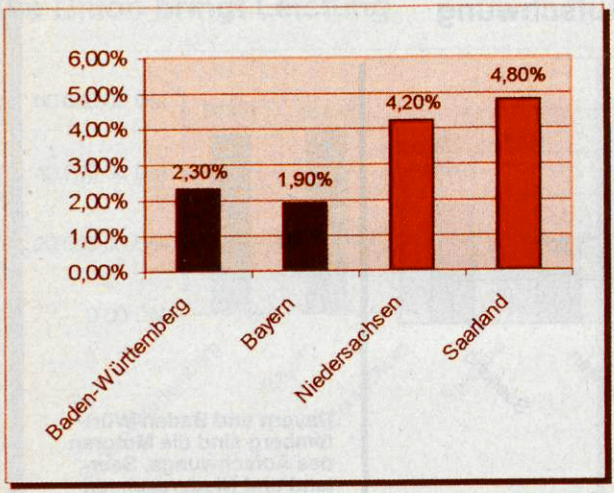


Nur mit Ausbildung und Arbeit haben junge Menschen Zukunftschancen. Alle reden davon, die Union bietet sie.

Jugendarbeitslosigkeit August 1998

Ländervergleich Baden-Württenberg,

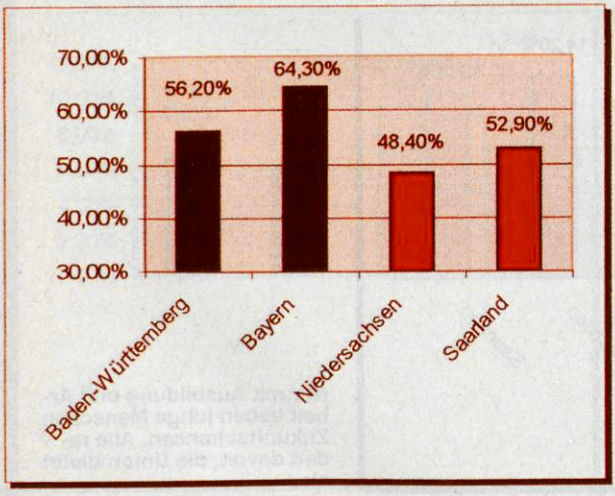
Die Union schafft sozialen Ausgleich



Anteil Sozialhilfeempfänger 1996

Andere polemisieren mit Armut. Die Union hat viel dagegen getan.

Die Union greift durch

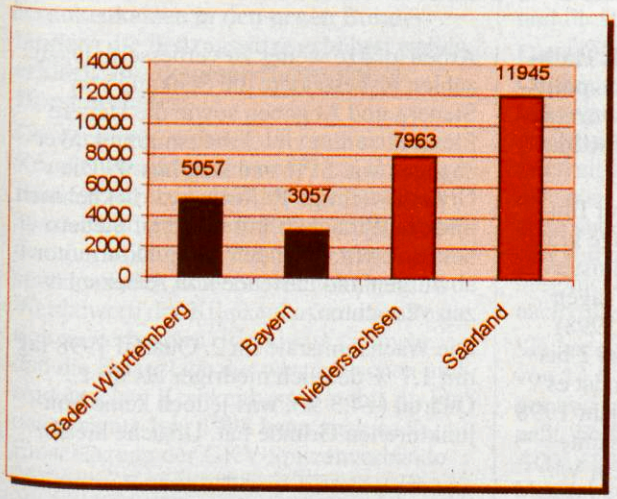


Aufklärungsraten von Straftaten 1997

Wir beschützen Opfer. Andere beschützen Täter. Null Toleranz gegenüber Verbrechern.

Bayern, Niedersachsen und Saarland

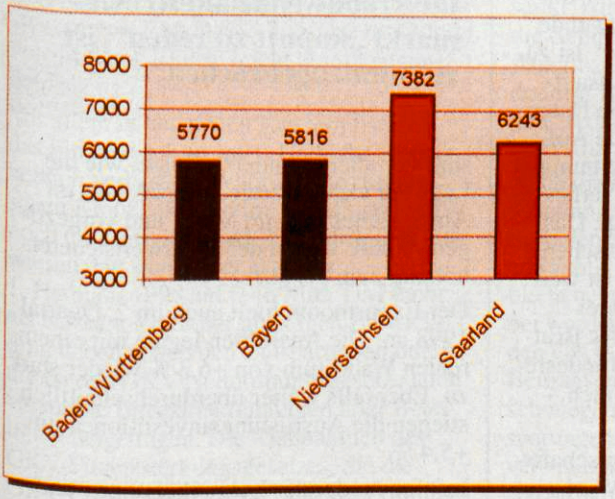
Die Union spart Steuergelder



Pro-Kopf-Verschuldung 1997

Schuldenpolitik bezahlen alle Bürger mit Steuern und Abgaben. Alle versprechen solide Finanzen, wir haben sie.

Die Union sorgt für Sicherheit



Straftaten je 100.000 Einwohner 1997

Sicherheit ist Lebensqualität. Alle reden darüber, aber die Union handelt.

Der Wirtschaftsaufschwung hat eine solide Basis

Zum Wirtschaftswachstum im 1. Halbjahr 1998 erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstandes, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Schon wieder hat die SPD mit ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage kräftig daneben gelegen. Während Ministerpräsident Schröder noch vor vier Tagen (Bild am Sonntag, 6. September 1998) das Wirtschaftswachstum „eher bei 2 bis 2,5 Prozent als bei 3 Prozent" sah, ist es heute amtlich: Bereits im 1. Halbjahr 1998 betrug das reale Wachstum in Gesamtdeutschland +2,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nachdem die Entwicklung am Arbeitsmarkt selbst nach der engen Definition des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit das Gütesiegel Trendwende erhalten hat, ist klar: Die Strategie der SPD, den Konjunkturaufschwung und die Trendwende am Arbeitsmarkt „kaputt zu reden", ist zusammengebrochen. Der Wirtschaftsaufschwung hat eine solide Basis. Die Daten zeigen, daß sich der konjunkturelle Aufschwung ohne inflationäre Verspannungen fortsetzt und mehr und mehr zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage beiträgt. Das wirtschaftliche Umfeld mit historischen Niedrigzinsen und Preisstabilität ist weiterhin günstig. Damit wird im Jahresdurchschnitt 1998 der Zuwachs des Bruttoinlandprodukts – wie von der Bundesregierung und der OECD angenommen – zwischen 2,5 und 3 % liegen.

Wir müssen daher jetzt in der Wirtschaftspolitik „Vollgas geben", um das Wachstumstempo zu beschleunigen und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze weiter zu verbessern. Dazu zählen insbesondere die Senkung von Steuern und Abgaben sowie die weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wer dagegen wie SPD und Bündnis 90/Die Grünen wichtige Reformen zurücknehmen und die Wirtschaft mit weiteren Steuern belasten will, wird den Konjunkturmotor abwürgen und tausende von Arbeitsplätzen vernichten.

Die Wachstumsrate im 2. Quartal 1998 lag mit 1,7 % deutlich niedriger als im 1. Quartal (+4,3 %), was jedoch keine konjunkturellen Gründe hat. Ursache hierfür sind vor allem Sondereinflüsse, wie die Lage der Osterfeiertage (dieses Jahr im April, letztes Jahr im März) und vorgezogene Käufe wegen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April.

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann: Die Strategie der SPD, den Konjunkturaufschwung und die Trendwende am Arbeitsmarkt „kaputt zu reden", ist zusammengebrochen.

Der Exportboom hielt auch im 2. Quartal 1998 an: Die Ausfuhren legten mit einem realen Wachstum von +6,3 % wieder stark zu. Ebenfalls weiter überdurchschnittlich stiegen die Ausrüstungsinvestitionen um +5,4 %.

Infolge moderater Lohnerhöhungen und kräftiger Produktivitätszuwächse sanken die Lohnstückkosten um – 0,3 %. ■

Die Beitragssätze bleiben stabil

Zu einem Bericht der „Welt" vom 10. September, wonach die gesetzlichen Krankenkassen in den neuen Bundesländern die Beitragssätze erhöhen wollen, erklärte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

Die Meldung, wonach die gesetzlichen Krankenkassen in den neuen Ländern ihre Beitragssätze anheben würden, ist völlig aus der Luft gegriffen. Es handelt sich um den durchsichtigen Versuch der Pressesprecherin der AOK Sachsen-Anhalt, im Wettbewerb der Krankenkassen ihre Position zu verbessern. Richtig ist vielmehr, daß die Finanzlage der westdeutschen und ostdeutschen Krankenkassen stabil ist. Für das gesamte Jahr 1998 kann auch nach Einschätzung der GKV-Spitzenverbände mit einem ausgeglichenen Finanzergebnis gerechnet werden. Einige große Krankenkassen haben ihre Beitragssätze vor kurzem sogar gesenkt oder Beitragssatzsenkungen angekündigt. Dies hat dazu geführt, daß der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz von Anfang bis Mitte 1998 im Westen von 13,6 auf 13,5 % und im Osten von 14,0 auf 13,9 % leicht zurückgegangen ist.

Vor allem in den neuen Ländern hat sich das Finanzergebnis im 1. Halbjahr 1998 erheblich verbessert. Während die ostdeutschen Krankenkassen im 1. Halbjahr 1997 noch ein Defizit von rd. 1,11 Mrd. DM aufwiesen, hat sich dieser Wert im 1. Halbjahr 1998 auf 0,46 Mrd. DM mehr als halbiert. Zu dieser günstigen Entwicklung haben neben den Einsparungen durch die beiden GKV-Neuordnungsgesetze auch verstärkte Einsparbemühungen aller Beteiligten beigetragen. Die Maßnahmen des GKV-Finanzstärkungsgesetzes, die die GKV-Ost ab 1999 in einer Größenordnung von bis 1,2 Mrd. DM jährlich finanzwirksam entlasten, schaffen die Voraussetzungen für eine weitere Konsolidierung der Finanzlage der ostdeutschen Krankenkassen und für stabile Beitragssätze.

Die AOK Sachsen-Anhalt, die jetzt Gerüchte über angebliche Beitragssatzerhöhungen anderer Ost-Kassen in die Welt gesetzt hat, versucht offensichtlich von ihren eigenen spezifischen Problemen abzulenken. Denn sie hat im Unterschied zu allen anderen Ost-AOKen ihre Fusion aus den vorherigen Kassen Halle und Magdeburg nicht nur mit erheblicher Verspätung nachvollzogen.

Sie hat auch mit dem neuen Beitragssatz von 14,4 % sich dem Durchschnittsniveau der übrigen Ost-AOK'en von 14,3 % angepaßt. Bislang hatte der Beitragssatz der AOK Halle bei 13,9 % und der AOK Magdeburg bei 14,1 % gelegen. Dabei hatte die AOK Halle trotz erheblicher Verschuldung ihren Beitragssatz zum 1. Januar 1997 sogar um 0,6 Prozentpunkte, statt wie mit dem Beitragsentlastungsgesetz vorgesehen, um 0,4 Prozentpunkte gesenkt. Auch vor diesem Hintergrund ist die Schutzbehauptung der AOK Sachsen-Anhalt „andere Ost-Krankenkassen werden mit Beitragssatzerhöhungen nachziehen" lediglich ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver

Auch die in Rundschreiben verbreitete Begründung durch die AOK-Sachsen-Anhalt, nach denen die Politik für die Beitragssatzerhöhung verantwortlich gemacht wird, bleibt nebulös und ist völlig spekulativ. Dabei werden die Entlastungen durch die beiden GKV-Neuordnungsgesetze und das Beitragsentlastungsgesetz ebenso verschwiegen wie die ab 1995 erfolgten Einsparungen durch die Einführung der Pflegeversicherung und den gesamtdeutschen Risikostrukturausgleich, von dem auch die AOK Sachsen-Anhalt in erheblichem Umfang profitiert. ■

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Prima Leistung der Betriebe

Der erneute Zuwachs bei den Lehrstellen ist eine prima Leistung der Betriebe und eine klare Bestätigung unserer Reformpolitik. Das ist zugleich eine schallende Ohrfeige für alle, die mit verantwortungsloser Schwarzmalerei Politik machen.

1997 konnte die Zahl neuer Lehrverträge bereits um gut 13.000 gesteigert werden. In diesem Jahr werden die Betriebe nochmals 25.000 Lehrlinge mehr einstellen. Das sind 38.000 Lehrstellen mehr in nur zwei Jahren! Das hat es seit 1984 in Deutschland nicht mehr gegeben. Dieser Erfolg ist vor allem ein Verdienst der Mittelständler in unserem Land.

Auch in diesem Jahr wird jeder junge Mensch, der das kann und will, ein Ausbildungsplatzangebot bekommen.

● Von Oktober 1997 bis Ende August 1998 sind in Deutschland insgesamt 570.154 Lehrstellen gemeldet worden. Im August wurden 6,6 % mehr Stellen gemeldet als im Vorjahresmonat. Allein von Juli bis August 1998 hat die Zahl der gemeldeten Lehrstellen um 26.036 zugenommen.

● Trotz der bundesweit um 23.345 gestiegenen Bewerberzahlen gibt es erstmals seit Jahren mehr freie Ausbildungsplätze als im Vorjahr, die Zahl noch unvermittelter Bewerber ist gesunken.

● Die Industrie- und Handelskammern haben bis Ende August schon 8,1 % Ausbildungsverträge mehr eingetragen als im Vorjahr. Auch im Handwerk gibt es – trotz der Krise in der Bauwirtschaft, vor allem in den neuen Ländern – einen leichten Zuwachs im Bundesdurchschnitt.

● In den neuen Ländern werden jetzt die 17.500 Plätze aus dem „Sonderprogramm Lehrstellen Ost 1998" eingesetzt. Die Arbeitsverwaltung plant, die Zahl der nach dem Sozialgesetzbuch III finanzierten Ausbildungsplätze auf rund 12.200 zu erhöhen.

● In den alten Ländern werden durch regionale Ausbildungsbündnisse und regionale Sonderprogramme zusätzliche Stellen für Jugendliche bereitgestellt, die noch keine Lehrstelle gefunden haben.

Alle Unternehmer und Personalchefs fordere ich auf: Geben Sie sich einen Ruck und stellen Sie jetzt im Schlußspurt noch Lehrlinge ein! Besetzen Sie

Erklärung zur aktuellen Lehrstellenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

nicht angetretene Lehrstellen sofort nach! Jede offene Lehrstelle, die brachliegt, ist eine Schande. Allein 12.000 Lehrstellenbewerber konnten im letzten Jahr dadurch nachvermittelt werden, daß freigewordene Lehrstellen neu besetzt wurden.

Ich sage allen Jugendlichen und allen Betrieben zu: Die Modernisierung der Berufsausbildung mit neuen Berufen, mehr Beweglichkeit in der Ausbildung und zusätzlichen Chancen für praktische Begabungen wird konsequent fortgesetzt. Eine Ausbildungsplatzumlage, wie die Opposition sie fordert, wird es mit der Koalition nicht geben. Mit dieser Zwangsabgabe werden ausbildungswillige Betriebe abgeschreckt, junge Leute verunsichert. Mit der Abgabe gäbe es tausend Bürokratiestellen mehr, aber Zigtausende Lehrstellen weniger. ■

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Signalwirkung – 25.000 Betriebe bildeten 1997 erstmals aus!

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers, erklärte zur Verleihung des „Ausbildungs-Oskar" am 11. September in Bonn:

1997 haben nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) 25.000 Betriebe erstmals ausgebildet. Mehr als 1.000 Betriebe bilden erstmals allein in den neuen IT-Berufen aus. Eine solche Welle von Einsteigern ist ein mehr als positives Signal für die Zukunft der dualen Ausbildung in Deutschland. Auch in diesem Jahr legen sich die Betriebe bei der Ausbildung junger Menschen enorm ins Zeug. Deshalb wird auch in diesem Jahr jeder junge Mensch, der was kann und will, ein Ausbildungsplatzangebot bekommen.

- Von Oktober 1997 bis Ende August 1998 sind in Deutschland insgesamt 570.154 Lehrstellen gemeldet worden. Im August wurden 6,6 % mehr Stellen gemeldet als im Vorjahresmonat. Allein von Juli bis August 1998 hat die Zahl der gemeldeten Lehrstellen um 26.036 zugenommen.
- Trotz der bundesweit um 23.345 gestiegenen Bewerberzahlen gibt es erstmals seit Jahren mehr freie Ausbildungsplätze als im Vorjahr, die Zahl noch unvermittelter Bewerber ist gesunken.
- Die Industrie- und Handelskammern haben bis Ende August schon 8,1 % Ausbildungsverträge mehr eingetragen als im Vorjahr. Das Handwerk meldet ein Plus von über 1 % im Bundesdurchschnitt.

Die Wirtschaft insgesamt ist ihrem selbstgesteckten Ziel, 1998 einen weiteren erheblichen Zuwachs an neuen Lehrstellen zu erreichen, bereits ein großes Stück näher gekommen. Allein Industrie, Handel, Dienstleistungen und Handwerk streben mit 25.000 zusätzlichen Ausbildungsverträgen ein Plus von 5 % an. Die Bundesverwaltung wird um 4 % zulegen.

Das Vermittlungsgeschäft geht noch bis Ende des Jahres weiter. Allen jungen Menschen, die noch eine Lehrstelle suchen, sage ich deshalb: Werft nicht die Flinte ins Korn! Bis Ende Dezember wird nachvermittelt. Viele tausend junge Frauen und Männer werden – wie in den vergangenen Jahren – bis dahin ihren Ausbildungsplatz finden. Ich appelliere an die Betriebe, unbesetzte Ausbildungsplätze sofort nachzubesetzen. Jede offene Lehrstelle, die brach liegt, ist eine Schande. Allein 12.000 Lehrstellenbewerber konnten im letzten Jahr dadurch nachvermittelt werden, daß freigewordene Lehrstellen neu besetzt wurden.

Gegen Zwangsabgabe

Die Bundesregierung lehnt eine Ausbildungsplatzabgabe, wie Opposition und Gewerkschaften sie fordern, strikt ab. Diese Zwangsabgabe ist eine Sackgasse für junge Menschen: Sie schafft keine einzige zusätzliche Lehrstelle, sondern nur Bürokratie bei den Arbeitsämtern, den Kammern und Betrieben. Die Bundesregierung geht genau den anderen Weg: Wir wollen es den Betrieben nicht schwerer, sondern leichter machen, junge Menschen für einen modernen Arbeitsmarkt auszubilden. ■

MIT und CDA:

5-Punkte-Programm für mehr Arbeitsplätze am Bau

Zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze in der Baubranche erklärten der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftseinigung der CDU/CSU (MIT), Peter Rauen, und der Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Rainer Eppelmann:

Der Aufschwung ist da. Die Arbeitslosigkeit sinkt weiter und wird aller Voraussicht nach bis zum Jahresende auf unter 4 Millionen sinken. Die Baubranche hat hierbei die Rolle des Sorgenkindes. Daher ist es besonders wichtig, in dieser Branche neue Impulse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu geben. Hierzu ist folgendes notwendig:

1. Die großartigen Leistungen der Tarifpartner zur Senkung der Lohnzusatzkosten müssen weitergeführt werden. Sie haben bereits jetzt zu einem Rückgang der Lohnzusatzkosten im Baugewerbe von durchschnittlich 18% geführt. Das von der SPD geforderte Zurückstauchen der Jahresarbeitszeit und die Wiedereinführung des alten Schlechtwettergeldes wären ein Schritt in die falsche Richtung.

2. Die nächste Stufe der Förderung der Vermögensbildung muß einen Schwerpunkt auf die Förderung des Eigenheims legen. Die beste Förderung ist die von der Union geplante Steuerreform mit einer deutlichen Nettoentlastung von Arbeitnehmern und Unternehmen. Die Eigenheimförderung ist daher im Zusammenhang hiermit zu regeln.

3. Der schnellstmögliche Abbau der Überregulierung und Verrechtlichung aller Planungs- und Bauabläufe.

4. Die Förderung privater Investitionen im Baubereich. Hierzu gehört auch eine stärkere Förderung privater Investitionen beispielsweise bei Infrastrukturmaßnahmen.

5. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit im Baubereich, beispielsweise durch verstärkte Kontrollen. Nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) könnten bei einer erfolgreichen Bekämpfung der Schwarzarbeit allein im Handwerk 500.000 neue Stellen geschaffen werden."

Unsere Elektronischen Adressen:

- INTERNET http://www.cdu.de
- T-ONLINE *CDU#
- X 400 c= de; a = dbp; p = cdu; s = bund
- E-MAIL: post www.cdu.de

Erfolgreiche Reformpolitik stabilisiert Wohnungsmarkt

Als alarmierend und falsch hat die Staatssekretärin des Bundesbauministeriums Christa Thoben Pläne der SPD zur Abschaffung der steuerlichen Verrechnungsmöglichkeit für Verluste aus Vermietung und Verpachtung bezeichnet.

Ein Verzicht auf den bislang möglichen Verlustausgleich von Mieten und Pachten mit positiven anderen Einkünften könnte verheerende Auswirkungen vor allem auf den freifinanzierten Mietwohnungsneubau haben, erklärte Christa Thoben am 10. September auf der Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Freier Wohnungsunternehmen Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern e.V. in Norderstedt. Schließlich würden 80 Prozent der Wohnungsbauinvestitionen in Deutschland über privates Kapital finanziert. Wer dies ignoriere, mache die „Rechnung mohne den Wirt"!

Thoben erläuterte, der steuerliche Verlustausgleich trage dem Umstand Rechnung, daß Aufwendungen, die nicht durch Mieterträge gedeckt seien, aus dem übrigen Einkommen gedeckt werden müßten. Zwangsläufig müßten Investoren bei einer Abschaffung der Verrechnungsmöglichkeit – wie von der SPD beabsichtigt – stärker auf die laufenden Erträge aus der Wohnungsvermietung achten. Dann wiederum wäre nach Berechnungen der Experten-Kommission Wohnungspolitik eine um 5 Mark bis 8,50 Mark höhere Anfangsmiete je Quadratmeter im Vergleich zur vollen Verlustverrechnungsmöglichkeit erforderlich, um den Nachteil für den Investor auszugleichen. Und überall dort, wo entsprechend höhere Mieten am Markt nicht durchsetzbar seien, bestehe die Gefahr, daß sich private Investoren ganz aus dem Mietwohnungsbau zurückzögen, betonte Thoben.

Gerade im Bereich derart langfristiger und kapitalintensiver Investitionen wie im Wohnungsbau seien stabile Rahmenbedingungen unverzichtbar, bekräftigte die Staatssekretärin. Die Bundesregierung könne hier zum Ende der Legislaturperiode eine überaus positive Bilanz ziehen, insbesondere mit:

- der erfolgreichen Einführung der Eigenheimzulage und stark verbesserten Bausparförderung,
- wirkungsvollen Darlehensprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, unter anderem für Wohneigentumsbildung, Wohnraummodernisierung und CO_2-Minderung,
- dem Durchbruch beim kosten- und flächensparenden Bauen,
- der Novelle der Handwerksordnung für „Bauen aus einer Hand",
- einer positiven Bilanz zur Privatisierung des Wohnungsbestandes in den neuen Ländern,
- dem erfolgreich abgeschlossenen Übergang in das Vergleichsmietensystem in den neuen Ländern, mit wirksamer Flankierung durch das Sonderwohngeld nunmehr bis zum Jahresende 2000,
- der Umstellung der Förderung auf Investitionszulagen ab 1. 1. 1999 (neue Bundesländer). ■

Christa Thoben: Ohne steuerlichen Verlustausgleich keine privaten Wohnungsbauinvestitionen

Öffentliche und private Mittel für Deutschlandwerbung erhöhen

Ihre tourismuspolitischen Ziele für die kommende Legislaturperiode haben die Tourismuspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem 20-Punkte-Programm der Öffentlichkeit vorgestellt. Dazu erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Rolf Olderog:

Die Tourismuspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben jetzt in Bonn die Ziele ihrer Tourismuspolitik für die kommende Wahlperiode des Bundestages bis zum Jahre 2002 vorgestellt. Die wichtigsten Anliegen sind die weitere Stärkung des Deutschlandtourismus insgesamt sowie die konsequente Fortsetzung des Aufbaus Ost im Tourismus.

Die Union hält im Programm an ihrem ehrgeizigen Plan fest, 10% der heutigen Auslandsreisenden bis zum Jahre 2002 für Urlaub und Reisen in Deutschland zurückzugewinnen. Die wichtigsten Instrumente zur Erreichung dieses Zieles sollen dabei die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT, ab 1999 mit der Deutschland Tourismus Marketing GmbH [DTM] fusioniert) in Frankfurt/Main mit ihrer Dachwerbung für Deutschland sowie eine größere Professionalität und mehr Kooperation der Tourismuswirtschaft in Deutschland sein. Auch die neue konstruktive Zusammenarbeit von Bundesregierung und Landesregierungen stimmt zuversichtlich. Daß diese Zielsetzung nicht unrealistisch ist, belegt die Union mit dem Hinweis, daß der Inlandsurlaub 1997 zum ersten Mal wieder dem Auslandsurlaub einen – wenn auch bescheidenen – Marktanteil von 1 Mio. Gästen hat abnehmen können (nach der Analyse der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V. vom März 1998).

Die Tourismuspolitiker der Union wollen sich dafür einsetzen, daß die öffentlichen und privaten Mittel für die Deutschlandwerbung erhöht werden. Einen interessanten Gesichtspunkt enthält das Programm mit der Vorstellung einer „Strategie zum Ausgleich bei Schlechtwetterphasen" in Deutschland. In wichtigen deutschen Urlaubsgebieten soll planmäßig und flächendeckend ein Netz von insbesondere bei schlechtem Wetter gut zu nutzenden Einrichtungen für Erwachsene, Familien und für Kinder entstehen bzw. vorhandene Einrichtungen ergänzt werden. Als bewährte Beispiele werden glasüberdachte Einrichtungen genannt. Auch Kernbereiche von Strandpromenaden sollen so einen Schutz vor Regen und Wind erhalten. Fundierte Gutachten und Modellvorhaben sollen neue Ideen und Erfahrungen vermitteln.

CDU und CSU stellen sich an die Seite der kleinen und mittleren Unternehmen: „Sie können sich auf uns verlassen!"

Der Aufbau Ost im Tourismus wird als eine beispiellose Erfolgsgeschichte bewertet. Keine andere Branche in den neuen Ländern hat Jahr für Jahr so hohe Wachstumsraten entwickeln können wie der Tourismus. Das 20-Punkte-Programm plädiert für den Ausbau der touristischen Infrastruktur, der touristischen Gemeinschaftseinrichtungen für Spiel, Sport und Unterhaltung sowie für eine kraftvollere Marketingarbeit im Osten. Besorgt über die niedrige Auslastung der Beherber-

gungskapazitäten fordern die Unionspolitiker, den weiteren Bau von Hotels überhaupt nicht oder nur noch in Ausnahmefällen zu fördern, bis eine deutlich bessere Auslastung der bestehenden Kapazitäten erreicht ist.

Betont stellt sich die Union an die Seite kleiner und mittlerer Unternehmen, die „sich auf uns verlassen können". Mittelständischen Betrieben will sie so weit wie möglich durch den Abbau von Bürokratie und durch Unternehmensberatung helfen und sie zu Kooperationen motivieren. In den neuen Ländern sollen Existenzgründer im Bedarfsfall auch nach der Gründungsphase Hilfe erhalten. Schutz wird dem Mittelstand auch vor der marktbeherrschenden Konzentration der Großunternehmen zugesagt. Bei der Privatisierung von Tank & Rast AG sollen die Interessen der mittelständischen Pächter berücksichtigt werden.

Bei Reha und Kuren bekennen die Tourismuspolitiker nochmals, daß die prinzipiell notwendige Bremsung des rapiden Kostenanstiegs zu abrupt erfolgt ist. Sie wollen ihren eingeschlagenen Weg fortsetzen, die notwendige Neuorientierung im Gesundheitstourismus und attraktive Angebote für Selbstzahler zu fördern.

Insbesondere wollen sie die Erstellung von Angeboten für Selbstzahler unterstützen und mit Hilfe der DZT im In- und Ausland für deutsche Gesundheitsangebote werben. Eine stärkere medizinische Fundierung der Kur soll deren Attraktivität bei den Medizinern stärken.

Tourismus und Umweltschutz besser miteinander verbinden

Herausgehoben ist das nachdrückliche Bekenntnis der Unionsabgeordneten zum Natur- und Umweltschutz. Tourismus und Umweltschutz müßten noch besser miteinander in Einklang gebracht werden. Dazu beitragen soll ein Gütesiegel für umweltfreundliche touristische Angebote, der Schutz sensibler Naturräume, mehr fachkundige Besucherlenkung und die Zusammenarbeit mit Naturschützern. Für die Ferienorte werden weitere verkehrsberuhigte Zonen gewünscht.

Umweltverantwortung, so heißt es, verlangt ein verantwortungsbewußteres, sprich bescheideneres, Konsumverhalten. Die Union greift aus dem Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) vom Dezember 1997 eine Reihe von Forderungen auf.

So plädiert sie für ein Tourismuspolitisches Rahmenprogramm der Bundesregierung, für eine engere Zusammenarbeit der Bundesressorts im Tourismus und für eine regelmäßige und intensiver stattfindende Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Die Tourismusreferate im Bundeswirtschaftsministerium seien personell zu stärken.

Für Erleichterungen bei der Trinkgeldbesteuerung

Weitere Themen: Bessere Abstimmung der unterschiedlichen Förderinstrumente, Modellprojekte zur Privatisierung von Kurverwaltungen, mehr Sicherheit für Auslandstouristen, Gewährleistung der Flugsicherheit in Deutschland, Angebote für sozial schwache Bevölkerungskreise und Behinderte, Neuregelung der deutschen Sommerferien, Abbau von Wettbewerbsbehinderungen in der Europäischen Union, Beibehaltung des innergemeinschaftlichen Duty-Free-Handels, eine sozialverträgliche und umweltfreundliche Ausgestaltung des Ferntourismus, Bekämpfung des Sextourismus und der Kinderprostitution sowie Erleichterungen bei der Trinkgeldbesteuerung mit dem Ziel, diese längerfristig gänzlich abzuschaffen. ■

SPD Mecklenburg-Vorpommern muß Klarheit schaffen

Die PDS bereitet sich schon auf eine Koalition mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern vor. In einem Papier stellt sie bereits unverzichtbare Sach- und Personalforderungen für ein Bündnis mit der SPD auf.

Nachdem der Kanzlerkandidat der SPD erst vorige Woche eine Zusammenarbeit zwischen seiner Partei und der SED-Nachfolgepartei PDS auf Landesebene befürwortet hat, geht man im Norden schon in die Detailplanung.

Nach dem ersten Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt 1994, biedert sich die PDS nun auch in Mecklenburg-Vorpommern der SPD an. Die SPD muß jetzt Klarheit schaffen. Will sie auch in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Sache mit den Kommunisten machen?

Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Wähler und Wählerinnen in Mecklenburg-Vorpommern aber auch in der Bundesrepublik insgesamt haben ein Recht darauf zu erfahren, ob die SPD die PDS über den Bundesrat an der Bundespolitik beteiligt und so den Weg in eine linke Republik ebnet.

Massive Kritik an den Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds

Der Erste Stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz, MdL, kritisiert die Kundgebungen des DGB als eine „unverhüllte Wahlkampfhilfe für Rot-Grün." Damit überschreite der DGB in „eklatanter Weise seine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit als Einheitsgewerkschaft".

Diese Einmischung in den Wahlkampf sei für die Gewerkschaften „brandgefährlich, da sie die Zusammenarbeit zwischen christdemokratisch orientierten, sozialdemokratisch orientierten und parteipolitisch nicht orientierten Arbeitnehmern in Gefahr" bringe.

Arentz: „Der Einsatz von 12 Mio. DM zu Gunsten eines Regierungswechsels ist eine politische Veruntreuung von Mitgliedsbeiträgen, die schließlich von allen Gewerkschaftsmitgliedern bezahlt wurden.

Bevor der DGB weiter Reklame für einen Regierungswechsel macht, sollte er sich die miserablen Arbeitsmarktbilanzen in den sozialdemokratisch regierten Ländern wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Saarland ansehen.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist ganz wesentlich dem Versagen von Schröder, Clement und Lafontaine zuzuordnen."

Mit Speck fängt man Mäuse

Wie die SPD in Brüssel um Zustimmung wirbt

Mit Speck fängt man Mäuse – doch wie versucht die SPD in Brüssel Zuspruch und Mitglieder zu gewinnen? Mit ziemlich schmierigen Methoden. Auffallen um jeden Preis, ist das Gebot der Stunde.

Während der niedersächsische Ministerpräsident mit silbergrauer Krawatte und Weste und stets frisch gestyltem Haar beim Wähler Eindruck schinden will, scheinen provozierende Symbole bestens geeignet zu sein, die Brüsseler Öffentlichkeit zu wecken.

So diente ein verfremdeter Stern der Roten Armee Fraktion (RAF) kürzlich als Aufhänger zur Einladung für einen Kabarettabend. Hinter der Veranstaltung stand die SPD, die auch offen aussprach, daß sie auf diesem Weg Mitglieder ziehen wollte.

Von Hans-Jürgen Kerkoff, Vorsitzender des CDU-Verbandes Brüssel-Belgien

Brüssel ist nicht so weit weg, als daß man hier das Leid der Opfer des RAF-Terrorismus vergessen müßte. Wer so wenig Sensibilität beweist, dem ist der Sinn der Worte „Solidarität" und „Brüderlichkeit" abhanden gekommen. Pflegt nicht der glatte technokratische Spitzenkandidat Schröder ein ganz anderes Image? Vielleicht doch der Wolf im Schafspelz?

Welchen Eindruck dürfte dieses SPD-Plakat bei Belgiern oder anderen europäischen Nachbarn hinterlassen? Mancher mag sich Fragen stellen nach dem Erinnerungsvermögen einiger Deutscher, die sich nach gar nicht langer Zeit des schrecklichen Terrors im eigenen Land nun über die Bombenleger wieder lustig machen.

Nichts gegen Kabarett, doch wir verstehen schnell: Satire und Kabarett entsprechen der Politstrategie der SPD. Provozierend, aber immer eine Entschuldigung parat; kritisch distanziert, denn Festlegungen haben Folgen; auf Wirkung bedacht – ein Lacher ist allemal mehr wert als Inhalte. Gerade in Brüssel macht sich ein Schuß Intellektualität immer gut. Was tut man nicht alles für den Mitgliederfang.

Der CDU-Verband Brüssel-Belgien wurde als erster Auslandsverband der CDU 1996 gegründet und zählt derzeit 130 Mitglieder, 256 Freunde und 300 Gäste. Der Verband fördert den Gedankenaustausch zu Fragen deutscher und europäischer Politik und organisiert Veranstaltungen zu europabezogenen Themen u. a. mit deutschen Unionspolitikern.

Weitere Informationen: CDU-Verband Brüssel-Belgien, BP 28, 1050 Brüssel 3.

Eurobudget-Planer: Um den Übergang von der D-Mark zum Euro zu erleichtern, können sich Familien jetzt auf ein neuartiges Haushaltsführungsbuch stützen, mit dem sie alle Einnahmen und Ausgaben in D-Mark und Euro buchen und kontrollieren können. Der Eurobudget-Planer soll die wirtschaftliche Kompetenz der Verbraucher stärken und ihnen Planungssicherheit geben.

Die Partei braucht die Frauen

50 Jahre Frauen-Union Nordrhein-Westfalen

An der großen Festveranstaltung in Duisburg haben im August über 700 Frauen zusammen mit den Kämpferinnen und Zeitzeuginnen der ersten Stunde teilgenommen. Gemeinsam blickten sie auf ein halbes Jahrhundert Politik von Frauen für Frauen zurück.

Die Frauen-Union machte deutlich, daß sie sich nicht auf den vielen politischen Erfolgen ausruhen wird. Trotz vieler Bemühungen sind Frauen immer noch in Parlamenten und Führungspositionen nicht ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten, werden meistens schlechter als Männer bezahlt und oftmals auf überholtes Rollenverhalten reduziert.

Irmgard Karwatzki, Vorsitzende der Frauen-Union Nordrhein-Westfalens, erinnerte in ihrer Rede an die Geschichte der Frauen-Union: „Die Frauen in der CDU haben sich mit Fingerspitzengefühl und Kompetenz durchgesetzt, wichtige politische Entscheidungen gehen auf unsere Initiativen zurück." Sie forderte für die Zukunft: „Es gibt noch viel zu tun, um das Grundsätzliche zu erreichen; nämlich die Selbstverständlichkeit, mit der die Unterschiedlichkeit von Männern und Frauen gleich bewertet wird."

Den Festvortrag hielt die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth. Sie rief die Teilnehmerinnen zu mehr politischem Engagement auf. Zwar hätte die Frauen-Union viel für die Gleichberechtigung und den gesellschaftlichen Fortschritt geleistet, doch „unsere Vision einer partnerschaftlichen Welt ist noch nicht eingelöst", resümierte sie. Sie kritisierte zudem, daß das Frauenthema gerade zu Wahlkampfzeiten zurückgehalten werde und erinnerte an 50 Jahre „harte Kärrnerarbeit", um die FU dahin zu bringen, wo sie heute steht.

Unterbrochen wurden die Reden und Talkrunde durch Lifemusik über das Männerbild der Frauen, bei der heiter mitgesungen wurde und von einer Parodie auf die „Emmapation", die für viel Stimmung im Saal sorgte.

In der anschließenden Talkrunde ging es um eine kritische Bewertung der Arbeit der Frauen-Union durch drei Frauen aus drei Generationen. Es diskutierten die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Brigitte Grosse, die stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hildegard Müller, und die langjährige Generalsekretärin der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, Anneliese Lissner, mit der Landesvorsitzenden Irmgard Karwatzki.

Generalsekretär Peter Hintze stimmte die Versammlung auf die „heiße Phase" des Bundestagswahlkampfs ein.

Den 20 anwesenden Zeitzeuginnen, die alle seit 50 Jahren für Frauen gekämpft hatten, gratulierte die Bundesvorsitzende. Gemeinsam mit der Landesvorsitzenden Irmgard Karwatzki ehrte sie sie mit einer Urkunde und der Festschrift.

Nachdem bereits morgens der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, auf die große Bedeutung der Frauen-Union in NRW eingegangen war, stimmte Generalsekretär Peter Hintze die Frauen mittags auf die „heiße Phase" des Bundestagswahlkampfes ein und machte

Foto: Frank Ossenbrink

klar, wie wichtig gerade jetzt das Engagement aller sei.

Dorothee Wilms, Ehrenvorsitzende der Frauen-Union NRW und einstige Bundesministerin für Innerdeutsche Beziehungen, sparte in ihrem Schlußwort nicht mit kritischen Untertönen: „Die Partei braucht die Frauen – nicht nur an den Wahlständen!"

Bei tropischen Außentemperaturen fand das heitere Familienprogramm vor der Halle positive Resonanz. Eine bunte Mischung aus Lifemusik und politischen Talkrunden, Tanzeinlagen für Jung und Alt, eine umlagerte Tombola und viele Attraktionen für Kinder – es war für alle etwas dabei.

Der Erlös der Tombola – 3.000 DM – wurde dem „Irmgardishaus", einem Heim für Mutter und Kind, Duisburg, zur Verfügung gestellt.

DIHT gegen „Rolle rückwärts"

Mit dem SPD-Sofortprogramm der ersten 100 Tage gibt es nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Stihl, keine Aufbruchstimmung für mehr Investitionen und Innovationen in Deutschland.

Weder der inländische Investor noch der ausländische werden durch dieses Programm angeregt, mehr zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Wer unausweichliche Sozialreformen zurücknehmen will – zum Beispiel in der Krankenversicherung, bei den Renten, bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, beim Kündigungsschutz – könne nicht mit der Zustimmung der Wirtschaft und besonders des Mittelstandes rechnen.

Unbeantwortet bleibe die Frage, wer das sozialpolitische Füllhorn einer SPD-geführten Regierung eigentlich bezahlen solle. Letztlich werde doch in die Taschen des Steuerzahlers gegriffen. Die von der SPD in Aussicht gestellten Steueroperationen gingen deutlich zu Lasten der Wirtschaft.

Helmut Kohl

wer sonst sichert den Aufschwung!

Neue, gute Zahlen. 2,9 % Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr '98 meldet das Statistische Bundesamt - mehr als erwartet.

Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, ist sich *»ziemlich sicher«*, daß schon im September die Zahl der Erwerbslosen unter 4 Mio. fällt (Pressekonferenz vom 8.9.98).

Preise extrem stabil.

Entwicklung im August 0,8%.

Rekord-Tief, geringste Teuerungsrate seit 1987.

Und der Deutsche Industrie- und Handelstag meldet für den August '98 (im Vergleich zu August '97) **18.000 zusätzliche, bereits registrierte Lehrverträge.**

Diesen Aufschwung dürfen wir uns von Rot-Grün nicht kaputtmachen lassen.

Sicherheit statt Risiko

CDU-Infoline: 0180-5-2000

CDU

● Türanhänger:

(Die kostenlosen Grundausstattungen des Türanhängers wurden bereits an die Kreisverbände versandt)

Bestell-Nr.: **1508,**
Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je 500 Expl.: 25,00 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax
(0 25 24) 91 13 10
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

Viele neue Stellen Preise stabil wie nie
Der Aufschwung greift auf breiter Front
Die Welt in Sorge – Führung mit Erfahrung
W.I.R.
Wichtig Interessant Richtig
Kohl aktuell
Grüner Großangriff auf alle Autofahrer
Kohls Abrechnung mit Rot-Grün
Duell im Bundestag – so verlor Schröder die Schlacht
Respekt für diesen Kanzler! So urteilen die Kollegen
Ein Prost mit Elbe-Wein für den starken Mann am Rhein
NEWS +++ NEWS
Autsch! Das tut weh
Was Rot-Grün den Bürgern zumuten will

● Wahl-illustrierte

Bestell-Nr.: **2438**
Verpackungseinhei: 250 Expl.
Preis je 250 Expl.: 30,00 DM

● Zeitungsflugblatt

Nur solange Vorrat reicht
Bestellungen per Fax unter: 0228/544372
Preis je 500 Expl.:35,00 DM zzgl. MwSt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Für die letzte Woche:

Dieser Überkleber wurde kostenlos an alle Kreisverbände verschickt:

„Gegen Rot-Grün – Beide Stimmen: CDU"

UiD

31/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,– DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.